

Neu-Isenburger Extrablatt

AKTUELL UNABHÄNGIG KRITISCH

Themenzeitung: Kommunalpolitik + Energie + Verkehr + Wirtschaft + Unternehmen + Innenstadt + Bildung + Beruf + Demografischer Wandel + Gesundheit + Umwelt

August 2026



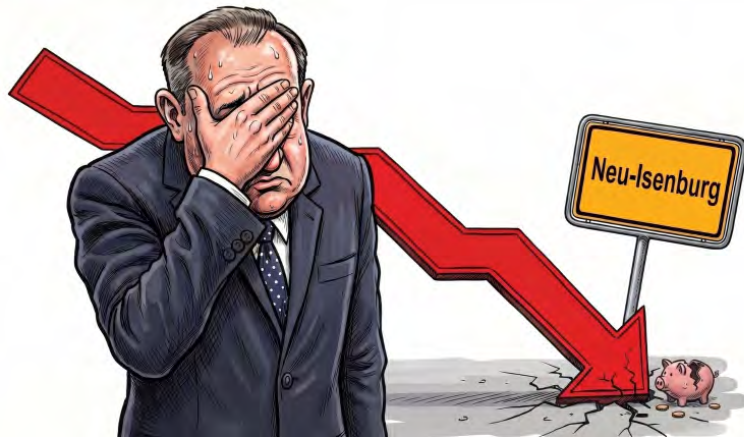
Stadtteile:
Die Entwicklung
lange versäumt
AUFBEGEHREN S.9

Meinungen:
Das hält die Politik
vom Expertenbeirat
BÜRGERBETEILIGUNG S.4



Disruption:
Wird Technologie
uns kontrollieren?
ERFAHRUNGSBERICHT S.3

Altes Rathaus:
Was ist vom 12.09.
bis 27.09. zu sehen?
MARKTPLATZ S.10-11



Massiver Einbruch im ersten Halbjahr 2026:

Wer bringt Neu-Isenburgs Gewerbesteuerereinnahmen wieder nach oben?

Neu-Isenburg steckt in einer Einnahmenkrise – Zukunft ungewiss! Vorläufige Zahlen vom Hessischen statistischen Landesamt über Gewerbesteuerereinnahmen im ersten Halbjahr 2026, zeigen ein sehr unterschiedliches Bild. Neu-Isenburg hat es dabei hart getroffen, die Einnahmen aus Gewerbesteuer sind im Vergleich zum ersten Halbjahr 2025

um rund 34 % eingebrochen. Städte im Kreis Offenbach wie Dietzenbach +32%, Seligenstadt +14 % und Langen +6 %, konnten allerdings zulegen. Hessenweit erzielten die Kommunen 217 Mio. Euro höhere Einnahmen, getragen von Kommunen wie Frankfurt, Kassel, Eschborn. Doch die meisten (54%) hatten niedrigere Gewerbesteuerereinzahlungen als im Vorjahreszeit-

raum zu verzeichnen. Wie auch Neu-Isenburg, das wie viele hessische Kommunen vor der Herausforderung steht, stetig wachsenden Aufgaben in der Daseinsvorsorge, der Infrastrukturentwicklung und Haushaltsführung dauerhaft solide zu finanzieren. Insbesondere, steigende Aufwendungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung der

Verwaltung sowie Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, führen neben allgemeinen Kostensteigerungen in allen Bereichen zu einer erhöhten strukturellen Belastung des Haushalts.

Gewerbesteuerentwicklung

Die Gewerbesteuer ist neben der Grundsteuer B die wichtigste eigene Einnahmequelle für die Stadt Neu-Isenburg. Aufgrund inflationsbedingter Kostensteigerungen und wachsender Pflichtaufgaben, ist eine Stärkung der kommunalen Einnahmefähigkeit dringend erforderlich, um die finanzielle Handlungsfähigkeit von Neu-Isenburg zu sichern.

Seit 01.01.2026 gilt ein hessenweiter Novellierungshesbesatz (Durchschnittssatz) von 381%, der den Kommunen eine Steuerkraft unterstellt und im kommunalen Finanzausgleich den Städten nachteilig angerechnet wird. Den Kommunen bleibt faktisch keine andere Wahl, als ihren Hebesatz mindestens auf dieser Höhe festzulegen.

Mit dem Neu-Isenburger Stadtverordnetenbeschluss vom Dezember 2025 erfolgt eine Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 395 % Punkte. Es ist bereits die vierte Erhöhung. Der hessenweite Durchschnitt liegt bei 400 v. H. Die Industrie- und Handelskammern (IHK) Hessen, sieht allerdings in den neuen Hebesätzen, eine spürbare Steuerbelastung besonders für kleine und mittlere Betriebe.



Neu-Isenburg



Identitätskrise

„Neu-Isenburg, eine moderne Stadt – sozial, nachhaltig, klimafreundlich und lebenswert gestalten“. So heißt das Motto des neuen Koalitionsvertrags zwischen CDU, SPD und GRÜNEN. Das klingt zunächst, wie die bekannte deutsche Redewendung einer „erleuchtenden Wollmilchsau“ die nur Vorteile bietet, allen Anforderungen genügt und auch jeden Wunsch erfüllt – ist aber eben deshalb leider auch irreal!

Fügen wir doch einfach das Wörtchen „sozial“ zu den bereits bestehenden Absichtserklärungen der letzten acht Jahre von Koalitionen hinzu, ist die SPD als neue Mitregierungspartei repräsentiert! Mag sein, dass die Regierenden so denken, aber welches Bild einer Stadt soll denn in den Köpfen der Menschen entstehen, das Bild einer Stadt, die rein theoretisch allen Anforderungen genügt (s.o.)?

Doch in der Praxis ist die Stadt Neu-Isenburg ständig widerlegbar! Beispiel „sozial“: Familie mit drei Kindern aus Neu-Isenburg abgesprochen“, war vor kurzem in der Presse zu lesen. Beispiel Klimaanpassung: bei Sommerhitze, vermisst man im öffentlichen Raum die Maßnahmen zur Klimaanpassung. Beispiel lebenswert: die „Hugentottenhalle“ schließt wegen Umbau für acht Jahre“, das entspricht dem Zeitraum von zwei Kommunalwahlen. Da kann noch viel passieren.

Beispiel moderne Stadt: um auch als modern gelten zu können, muss in die Infrastruktur investiert werden. Das geht nur wenn der städtische Haushalt es weiterhin zulässt. Hier liegt die Krise: die Stadt verliert ihren Charakter, ihre wirtschaftliche Basis, den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es führt zu Verunsicherung in der Stadtgesellschaft und Bürger können sich immer weniger mit ihrer Stadt identifizieren.

Ihr Neu-Isenburger Extrablatt

Expertenbeirat wählen

Bürger mit Herz und Verstand gesucht

Stellen Sie sich vor, Sie könnten die neue Stadtregierung in Form des Magistrats mit Ihrem Expertenwissen tatkräftig unterstützen. Hierfür suchen wir Ihre Ideen und Vorschläge. Wer sind ihrer Meinung nach die Experten vor Ort, denen Sie zutrauen beratend mit Herz und Verstand unseren Magistrat unterstützen zu können? Einzige Bedingung: Parteipolitiker dürfen nicht in den Expertenbeirat.

Liebe Parteipolitiker – es handelt sich darum das Potenzial unserer Bürger frei zu setzen und die Experten unter Ihnen zu erreichen. Welche Experten haben wir vor Ort, um die Stadtregierung bei ihren Aufgaben tatkräftig und mit Fachwissen unterstützen zu können? Es geht darum unsere Stadt gemeinsam nach vorne zu bringen.



Bald haben Sie das Wort: Was sind Ihre Vorschläge für ein „Experten-Beraterteam?“ Jeder kann mit abstimmen und Namen einbringen. Aber wie bereits gesagt: Die vorgeschlagenen Personen dürfen keine Parteipolitiker sein oder Parteilobbyisten, sondern sind nur dem Wohl der Stadt Neu-Isenburg verpflichtet. Dazu braucht es Herz und Verstand, bei Entscheidungen und Handlungen sich von emotionaler Weisheit, Empathie, Intuition, Leidenschaft, als auch von rationaler Logik wie Verstand und Planung leiten zu lassen. Dieses Zusammenspiel sorgt dafür, dass gefundene Lösungen sowohl menschlich tragfähig als auch strategisch durchdacht sind. Wer Dinge mit Herz und Verstand angeht, strebt meist eine harmonische Balance beider Pole an.

Endlich Alte Zöpfe abschneiden

Kulturwandel

Die Redewendung „alte Zöpfe abschneiden“ steht für: sich bewusst von Dingen zu verabschieden, die nicht mehr in die Gegenwart passen. Sie wird oft genutzt, wenn es um Veränderungen, Neuanfänge oder Reformen geht – im persönlichen, beruflichen, oder gesellschaftlichen Bereich.

Der Ausdruck stammt ursprünglich aus Zeiten politisch-gesellschaftlicher Umbrüche. Besonders bekannt wurde er in der Französischen Revolution, als das Abschneiden von Zöpfen ein Symbol für die Abkehr vom alten System war. Der Zopf war damals ein Zeichen für den Adel oder für altergebrachte Strukturen. Wer den Zopf abschnitt, erklärte: Ich bin nicht mehr Teil dieser alten Ordnung. Erst 1969 kam es zu diesem Wahlkampfslogan:



Mehr Demokratie wagen

Das Potenzial der eigenen Bürger zu nutzen, bedeutet, das Wissen, die Fähigkeiten und die Energie der Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse und die Gestaltung des Gemeinwesens einzubeziehen. Das stärkt nicht nur die Demokratie, sondern führt auch zu innovativeren Lösungen und höherer Akzeptanz politischer Entscheidungen. Die Stadtpolitik schöpft aber oft das Potenzial der Bürger nicht aus, weil starre Verwaltungsstrukturen, mangelhafte Beteiligungsformate sowie fehlende Ressourcen die Teilhabe der Bevölkerung ausbremsen. Und es fehlt der politische Wille Macht abzugeben. Kann ein Bürger-Expertenbeirat Potenziale freisetzen?



Der Foto- und Videomann:
Alexander Jungmann gestaltet erstmals Bilder mit KI. In dieser Ausgabe auf der Titelseite und Seite 2

Hotel Gravenbruch:
Iran-Verbindung wird dem Standort zum Verhängnis. Hilton hat Vertrag gekündigt, das Hotel befindet sich im Notbetrieb, was nun? Seite 8

Neues von Westend:
Der Westend Verlag Neu-Isenburg stellt seine neuen Bücher vor wie: „Zieht Euch warm an, es wird noch heißer!“. Seite 12

Zu guter letzt:
Florian Obst kommentiert in seinem Gastkommentar die Umbaupläne zur Huha und was sie bedeuten. Jetzt hier zu lesen: Seite 6



Städtischer Haushalt

Finanzen am Limit: Was kann unsere Stadt aus der Finanzkrise führen?

Finanzkrise: Die finanzielle Situation der Stadt hat sich weiter dramatisch verschlechtert. Aktuelle Zahlen vom Hessischen statistischen Landesamt über das Gewerbesteueraufkommen im ersten Halbjahr zeigen, dass Neu-Isenburg (Stichtag 30. Juni) nur 30,6 Mio. Euro Gewerbesteuer einzahlungen zu verzeichnen hatte. Insgesamt mussten 54% der hessischen Kommunen, weniger Einzahlungen als im Vorjahr verbuchen.

Haushaltsansatz 2026:
98,7 Mio. € Gewerbesteuer

Trotz mehrmaligem Anheben des Gewerbesteuerhebesatzes in letzter Zeit, gibt es für Neu-Isenburgs wichtigste Einnahmequelle nur eine Richtung: nämlich die nach unten! 2024 kamen noch 104,7 Mio. Euro rein, 2025 wa-

ren es bereits nur noch 84,7 Mio. Euro ca. 20% weniger, trotz aller Anhebungen. Die Folgen: viele Diskussion um den Haushalt, seine Einsparpotenziale sowie die Suche nach geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen. Wie ernst die Situation tatsächlich ist, zeigte die Drucksache des Magistrats vom 26. Mai 2026: darin wird mit sofortiger Wirkung eine haushaltswirtschaftliche Sperre verhängt.

In der Begründung spricht der Magistrat von einer „extrem angespannten finanziellen Lage“ sowie einer „stark negativen Entwicklung der Gewerbesteuererträge“. Die Rede war von einem Defizit bei den Gewerbesteuer-einnahmen über rund 40 Mio. € gegen über dem Haushaltsansatz 98,7 Mio. €. Die Folgen sind die Verhängung einer 20-prozentigen Haushaltssperre sowie

weitere Maßnahmen: wie zusätzliche Genehmigungspflichten für neue Ausgaben, Begrenzung von Investitionen auf zwingend notwendige Vorhaben und Einsparungen im Personalbereich.

Seit dem Jahr 2016 ist Stefan Schmitt Kämmerer der Stadt, hat aber in dieser Zeit hätte er noch nie mit solchen finanziellen Herausforderungen zu kämpfen gehabt. Und die Kostenspirale drehe sich als weiter: städtische Beamten erhalten ab Juli 3% mehr Geld und zum Oktober 2027 weitere 2,8%.

Koalitionsvertrag

In diesem Zusammenhang ist der Blick in den kürzlich beschlossenen Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und Grünen umso erstaunlicher. Das „Kapitel 1 Finanzen und 1.1 Steu-



ern“ ist mit einer knappen Seite so kurz gehalten, wie noch in keinem Koalitionsvertrag zuvor. Man verweist darauf dass Investitionen so geplant werden sollen, dass der Einsatz von Fördermitteln möglich ist. Und bei den Steuern werden weiterhin moderate Hebesätze für Grundsteuer B und die Gewerbesteuer angestrebt.

Kapitel 2 Wirtschaftsförderung!

Es sei der Motor der städtischen Einnahmen. Doch auch dieses Kapitel ist mit nur einer halben Seite, inhaltlich arm und voller Absichtserklärungen. So stünde die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Neu-Isenburg im Mittelpunkt des Handels – doch der Motorist in die Jahre gekommen.

Man glaubt aber daran, dass eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung für eine zukunftsorientierte, moderne, innovative Wirtschaftsförderung nötig ist, um die Voraussetzungen für die ortsansässigen sowie ansiedlungswilligen Unternehmen verbessern zu können.

Kann Glaube Berge versetzen?

Es ist klar, dass die CDU (Christlich Demokratische Union) fest von diesem Leitsatz aus der Bibel überzeugt ist und deshalb an den eigenen Erfolg glaubt. Aber ist es nicht eine schier unmöglich erscheinende Aufgabe, die Wirtschaftsförderung mit Akquisitionsmaßnahmen auf ansiedlungswillige Unternehmen ausrichten zu können? Neu-Isenburg konnte 2023 und 2024 außergewöhnlich hohe Steuereinnahmen verzeichnen. Doch durch die zu

zahlenden Solidarumlagen und den kommunalen Finanzausgleich, stehen der Stadt von diesen Einnahmen nur rund 30% der Gesamtsteuereinnahmen für den städtischen Haushalt zur Verfügung. Stetig wachsende Pflichtaufgaben, stark steigende Personal- und Sachkosten sowie eine Dynamik bei den Sozialausgaben, bringen den Neu-Isenburger Haushalt an seine Grenzen.

Eine schwarz-rot-grün-Koalition wird nach aktuellem Stand der Erkenntnisse, die Versäumnisse städtischer Wirtschaftspolitik der letzten Jahre nicht ausbügeln können. Hierzu würde vor allem gehören, die Wirtschaftsförderung inhaltlich-zukunfts-fähig auszurichten und dementsprechend personell neu zu besetzen. Diese dringend notwendige Transformationsmaßnahme, ist allerdings nicht „Kenia-tauglich“, da hierfür der politische Wille und das notwendige Know-how fehlt.

Finanzen am Limit!

Die Stadt Neu-Isenburg sowie viele andere Städte sehen Bund und Land in der Pflicht die Kommunen von ständig steigenden Sozialausgaben zu entlasten. Entschlossene Reformschritte des Bundesgesetzgebers sind notwendig. Ab sofort muss gelten: Wer bestellt, bezahlt auch.

Sondervermögen Infrastruktur

„Mit dem Startschuss für das Förderprogramm gehen wir nun – gemeinsam mit den Kommunen – den nächsten bedeutenden Schritt in der Umsetzung des Sondervermögens für unser Land“, sagt Finanzminister Dr. Alexander Lorz. „Von dem für Hessen vorgesehenen Geld des Bundes, das sind rund 7,4 Milliarden Euro, gibt das Land 63% direkt an die Kommunen weiter. Die Kommunen können das Geld unbürokratisch und weitestgehend frei nutzen“. Kontakt: WIBank.

Neu-Isenburg steht wie viele hessische Kommunen vor der Herausforderung, ihre stetig wachsenden Aufgaben in der Daseinsvorsorge, der Infrastrukturentwicklung und Haushaltsführung dauerhaft solide zu finanzieren. Insbesondere steigende Aufwendungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung der Verwaltung sowie Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, führen neben allgemeinen Kostensteigerungen in allen Bereichen zu einer erhöhten strukturellen Belastung des Haushalts.

Die Gewerbesteuer ist neben Grundsteuer B die wichtigste eigene Einnahmequelle für die Stadt Neu-Isenburg. Aufgrund inflationsbedingter Kostensteigerungen und wachsender Pflichtaufgaben ist eine Stärkung der kommunalen Einnahmehasis dringend erforderlich, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern.

Seit 01.01.2026 gilt ein hessen-weiter Nivellierungshebesatz (Durchschnittssatz) von 381 %-Punkten, der den Kommunen eine Steuerkraft in unterstellt und im kommunalen Finanzausgleich entsprechend nachteilig für die Städte angerechnet wird. Den Kommunen bleibt faktisch keine andere Wahl, als ihren Hebesatz mindestens auf dieser Höhe festzulegen.

Mit dem Stadtverordnetenbeschluss vom 10.12.2025 erfolgt eine Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 395 %-Punkte. Es ist bereits die vierte Erhöhung. Der hessenweite Durchschnitt liegt bei 400 v. H.

Gewerbesteuerentwicklung der Stadt

Neu-Isenburg in der Abwärtsspirale

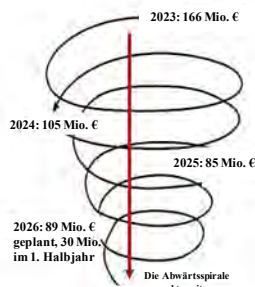
IHK: Erhöhung der Gewerbesteuer ist falsches Signal

Das ist die Meinung von Industrie- und Handelskammern (IHK) Hessen, die in den neuen Hebesätzen, eine spürbare Steuerbelastung für viele Unternehmen sehen. Besonders kleine und mittlere Betriebe drohen an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Belastbarkeit zu geraten.

Viele Unternehmen in der Region trifft die Erhöhung unerwartet hart. Die Auswirkungen auf die Wirtschaftsstandort sind erheblich und aus Sicht der IHK's das falsche Signal. So kritisieren die IHK's die Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Situation und die ausufernde Personalpolitik sowie mangelnden Konsolidierungswillen

Forderung der IHK's: die Ausgabenpolitik zu überprüfen und die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft stärker zur berücksichtigen. Die „Wirtschaft ist bereit, ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens zu leisten. Eine dauerhafte Mehrbelastung der Leistungsträger führt jedoch in die falsche Richtung.

Aus der Sicht von IHK's können deutliche Erhöhungen der Gewerbesteuerhebesätze dazu führen, dass Unternehmen künftig nicht mehr auf ihre Standorte setzen. Wie ist das aber alles für Neu-Isenburg zu bewerten?



Fast 7000 Betriebe gehören zur Unternehmenslandschaft vor Ort (Stand 2025). Für Kapitalgesellschaften wie GmbHs wirkt die Erhöhung unmittelbar. Jeder Euro Gewerbeertrag wird künftig mit 13,7 Cent Gewerbesteuer belastet. Bei einem Gewerbeertrag von 100.000 Euro steigt die jährliche Steuerlast um ca. 1.317 Euro, bei 250.000 Euro um etwa 3.291 Euro.

Gewerbesteuer-Abwärtsspirale

Führende Kommunalpolitiker, die offensichtlich wenig von Wirtschaftspolitik verstehen, aber die Einnahmen von der Wirtschaft dringend zum Erhalt der Infrastruktur und der Lebensqualität von Neu-Isenburg benötigen, erhöhen weiterhin „moderat“ den Hebesatz für die Gewerbesteuer. Doch der Blick auf die Abwärtsspirale zeigt diesen Negativtrend für Neu-Isenburg.

Die aktuellen Zahlen von „Statistik Hessen“ für das 1. Halbjahr 2026 weisen nur noch 30 Mio. Euro Gewerbesteuer aus. Es ist der Wegzug renommiert, umsatzstarker Unternehmen in den letzten Jahren. Die Anhebungen der Gewerbesteuer führt bei den ortsansässigen Unternehmen nicht direkt zu einem Standortwechsel, eher zu einem Vertrauensverlust und dem Eindruck, dass die Stadtregierung nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen vor Ort unterstützt.

Wachstumspotenziale erschließen

Das wäre der richtige Hebel, um die Wirtschaft am Standort wieder wachsen zu lassen, denn ohne Wachstum durch die Neuansiedlung von Unternehmen am Standort (wie in der dafür geplanten „Neuen Welt“), wird unsere Stadt im Standortwettbewerb innerhalb der Region Frankfurt RheinMain, immer weiter an Firmen verlieren.

Der Wegzug von Unternehmen wie Harley-Davidson, LSG, und Aramark, beko/Grundig und Lorenz-Bahlsen, Café-Ernst und zuletzt Condor Flugdienst, zeigt uns das Resultat einer verfehlten Wirtschaftspolitik und einer nicht mehr zeitgemäßen Wirtschaftsförderung, die den Wirtschaftsstandort Neu-Isenburg und somit die Stadt als ganzes, droht abzuwirtschaften. Da hilft auch keine Kenia-Koalition, nur demnächst die Bürgermeisterwahl!

Wirtschaftsinitiative Neu-Isenburg

Die Wirtschaftsinitiative Neu-Isenburg wurde deshalb 2022 ins Leben gerufen und versammelt als Business-Netzwerk die bedeutenden Unternehmen am Standort, denn in bewegten und herausfordernden Zeiten schlägt die Stunde der Netzwerke. Die Wirtschaftsinitiative stellt tragfähige Verbindungen her, wo vorher keine waren – stößt strategische Initiativen an und legt Konzepte und Lösungen vor, wenn es darum geht den Standort „resilient und zukunfts-fähig“ zu gestalten, aber auch um neue Unternehmen für den Standort zu gewinnen.

Sie spricht die Maßnahmen an, die dafür notwendig sind. Das heißt: Gemeinsam mit Partnern will man die städtischen Einnahmen zum Erhalt der Wirtschaftskraft durch die Ansiedlung neuer Unternehmen, vorantreiben. Dazu braucht es aber Unternehmertum, das die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und des Lebensraums in die Zukunft denken kann und die richtigen Hebel für konkrete Wachstumspotenziale erkennt und erschließt.

Die Wirtschaftsinitiative Neu-Isenburg will mit ihrem wirtschafts-innovativen Unternehmensrückgrat, Kompetenzcluster bilden, mit denen Wachstumspotenziale erschlossen werden sollen. Folgende Kompetenzcluster sind dabei im Fokus: Automotive & und Mobilität der Zukunft, Finanzwesen, KI & AI Factory. Zusammen mit der Wirtschaftsinitiative Frankfurt RheinMain sind bereits konkrete Konzepte entwickelt worden und in der Umsetzung.

Drei Affen (Mizaru, Kikazaru und Iwazaru) symbolisieren das japanische Sprichwort: „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“. Sie stehen für den weisen Umgang mit Schlechtem, indem man negative Einflüsse ignoriert, nicht wiedergibt, sich so von Bösem fernhält. Zurück geht dieser Ausdruck auf ein mittelalterliches Sprichwort: „Audi, vide, tace, si tu vis vivere pace (zu deutsch: Höre, sieh und schweige, wenn du in Frieden leben willst)“.

In der Politik steht das Motiv der drei Affen („nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“) oft für politisches Versagen oder mangelnde Zivilcourage. Es wird kritisiert, wenn Regierungen oder Behörden Fehlverhalten aussitzen, Skandale ignorieren oder offensichtliche Missstände vertuschen. Der Vorwurf wird oft von der Opposition erhoben, um die Regierung zur Transparenz zu zwingen und den Vorwurf bewusster Ignoranz, des Totschweigens von Problemen, offen zu legen.

Regieren an Limit

Die Stadt Neu-Isenburg steckt, wie viele Kommunen auch, in einer tiefen Finanzkrise, mit völlig unklarem Ausgang. Der neu gebildete Magistrat soll nun „Neu-Isenburg als moderne Stadt – sozial, nachhaltig, klimafreundlich und lebenswert gestalten“. So steht es zumindest im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und GRÜNEN. Aber immer hörbarer werden die Befürchtungen, dass die tradierten Parteipolitiker mit den komplexen Rahmenbedingungen sowie mit der schwierigen Haushaltskonsolidierung, ohne gleichzeitig auch für Wirtschaftswachstum zu sorgen, komplett überfordert sind.

Ist die Kommunalpolitik handlungsfähig? In mehreren Aufgabenfeldern wie bei der Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, der Innenstadt, sind wir auf dem Abwärtsfeld. Und bei den städtischen Finanzen ebenfalls. So wächst der Reformstau auch ständig an. Erkennbare Veränderungen im Stadtbild sind schon lange nicht mehr zu sehen, trotz eines Stadumbauprogramms, wo rund 26 Mio. Euro gerade verpuffen. Jetzt hat sich die Stadtregierung (fünf neue Gesichter) neu gebildet. Aber haben die Magistratspolitiker neben einem Parteibuch auch die dringend benötigte Sachkompetenz?

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“

Von Albert Einstein stammt dieses Zitat, das es auf den Punkt bringt: Wenn das alte Handeln in einer Sackgasse steckt, weil es kein Fortkommen gibt, erfordert es, um echte Veränderungen zu erreichen – neue Perspektiven! In der Politik bedeutet das – ein Regierewechsel muss her! Erlebt haben wir es in der Bundespolitik, als die Ampelkoalition im Februar 2025 abgewählt wurde. Neuwahlen brachten uns die schwarz-rote Koalitionsregierung, die immer mehr kritisiert wird.

Das ist ein gutes aktuelles Beispiel dafür, was passiert, wenn Absichtserklärungen im Wahlkampf geäußert und danach auch umgesetzt werden sollen. Die Bundesregierung plant weitreichende Reformen, um die Wirtschaft zu stärken, den Bundeshaushalt zu konsolidieren und Bürokratie abzubauen. Täglich, ja fast stündlich werden die Bürger über alle Medien, auf dem laufenden gehalten, aber sind es am Ende auch echte Reformen, oder doch nur „reformerchen“, die ja nun allen Anforderungen gerecht werden müssen?

Kritik ist immer leicht

Welche Köpfe braucht die Stadtregierung, um Neu-Isenburg nach vorne bringen zu können? In der Fußballnationalmannschaft holt man die besten Spieler Deutschlands zusammen, warum kann man nicht auch die kompetenten Menschen einer Stadt zusammenbringen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, wenn es um unsere Stadt geht. Ganz abwegig ist das Konzept einer solchen Regierungsbildung nicht. Zuletzt hatte Italien unter Mario Draghi (2021-2022) Erfahrungen damit. Viele Spitzenämter waren sogar mit parteilosen Experten besetzt und manche wichtige Reform konnte somit auf den Weg gebracht werden. Doch eine Regierung nur mit Experten wäre in Neu-Isenburg nicht möglich.

Kann eine Expertenregierung die Lösung sein?

Ein Gedankenspiel mit erstem Hintergrund: „DDW – Die Deutsche Wirtschaft“ hat im Mai die Frage nach einer Expertenregierung für Deutschland gestellt und wie sie aussehen könnte. Einzige Bedingung: die vorgeschlagenen Personen dürfen keine Parteipolitiker sein. 12.000 Menschen haben am Voting teilgenommen. Und so augenzwinkernd manche Vorschläge auch sein mögen, hier sind einige:

Für „Wirtschaft & Energie“ Veronika Grimm, für „Verkehr“ Boris Palmer, für „Digitalisierung“ Frank Thelen, „Arbeit & Soziales“ ging an Frank-Jürgen Weise und „Familie“ an Nena

Brockhaus. Für das Ressort „Bildung“ wünscht man sich Richard David Precht. Für „Forschung“ wurde mit großem Abstand Harald Lesch vorgeschlagen und für „Gesundheit“: Andreas Gassen, der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung. Bleibt noch der nicht unwichtige Posten des Regierungssprechers; hier wurde für „Gabor Steingart“ gevotet und sein Stellvertreter ist – „Dieter Nuhr“. Neue Ministerien wurden gefordert für: Migration, Kernkraft und KI.

Man stellt bei den Vorschlägen nach Personen ein klares Voting für Experten fest, die in ihrem Fachgebiet bereits außergewöhnliches geleistet haben. Sie sind alle keine Politiker, was die Bedingung für das Voting war. <https://die-deutsche-wirtschaft.de>

Unser Magistrat

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Bürgermeister, erster Stadtrat sowie ehrenamtlichen Stadträten. Der Magistrat setzt die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung um und führt die laufenden Geschäfte. Er setzt nicht nur Beschlüsse um, sondern bereitet auch Entscheidungen und Beschlussfassungen durch die Stadtverordnetenversammlung vor.

Dem Magistrat untersteht die gesamte Stadtverwaltung mit all ihren Ämtern. Die hauptamtlichen Mitglieder, wie Bürgermeister und 1. Stadtrat, sind für sechs Jahre gewählt und ehrenamtliche Mitglieder für fünf Jahre. Der Bürgermeister ist Vorsitzender des Magistrats und leitet dessen Geschäfte. Er verantwortet auch den Zuschnitt der Dezernate für den Magistrat.

Bürgermeister Dirk Gene Hagelstein SPD ist qua Amt der Vorsitzende und leitet sein eigenes Dezernat I mit den Aufgaben Gemeinwohl, Stadtentwicklung, Soziales, Senioren, Integration, Jugend und Kultur. Außerdem ist er der Vorsitzende vom Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

Erster Stadtrat Stefan Schmitt CDU ist weiterhin Stadtkämmerer und leitet das Dezernat II. Zusätzlich wurden ihm weitere Aufgaben übertragen, wie das Bürgeramt, die Kinderbetreuung und den Aufsichtsratsvorsitz bei den Stadtwerken.

Das Dezernat III für Klimaschutz und Energiewende hat Stadtrat Dirk Wölffing von den GRÜNEN. Es wurde um Natur- und Umweltschutz erweitert. Das integrierte Klimaschutz gilt es dringend umzusetzen.

Stadtrat Pierre Fontaine CDU leitet das Dezernat Inklusion und Barrierefreiheit, Schwerpunkt ist: Barrieren zu beseitigen, für die Themen zu sensibilisieren und sie zu verbinden.

Stadtrat Christian Beck SPD ist Dezernat Sport. Neben der Vereinsförderung, dem Sportsstättenmanagement, und der städtischen Sportveranstaltungen, ist ihm auch die Investitionsplanung für die Sportanlagen zugeordnet.

Stadtrat Andreas Frache FDP wurde das neue Dezernat „Digitalisierung und IT“ zugeordnet, zu dem die Aufgabe der Verwaltungsmodernisierung gehört.

Stadtrat Thorsten Klees CDU hat einen Magistratsitz ohne Dezernat für die CDU übernommen. Patrick Föhl CDU ist ausgeschieden.

Stadträtin Yvonne Lammersdorf SPD Beauftragte fürs Radverkehrskonzept. Ziel ist, die Bedingungen für Radfahrende zu verbessern. Die Platzverteilung im öffentlichen Raum darf nicht länger nur für das Auto sein.

Stadträtin Andrea Finas von den GRÜNEN verstärkt im Magistrat die Grünenpartei, ohne Dezernat.

Thomas Rost DIE YSENBURGER, ist für die neue Wählergruppe in den Magistrat eingezogen, ohne Dezernat.

Stadträtin Susanne Schmidt CDU übernimmt das Dezernat Ehrenamt.

Stadtrat Klaus-Peter Flesch AfD weiterhin Magistratsmitglied ohne Dezernat.

Stadtrat Nick Papak Amoozegar DIE LINKE, ohne Dezernat.

BLOSS NICHT SCHEITERN

Die Karikatur wird heute als Metapher für vieles gesehen, wo aktive Lösungen der Politik erforderlich sind, aber Politiker dazu neigen, die Augen und Ohren vor Problemen zu verschließen. Wollen sie lieber nicht darüber sprechen?

Von Klaus Reinhardt



Zurück nach Neu-Isenburg, hier hätte nach der Kommunalwahl eine schwarz-rote Koalition, nicht die notwendige Mehrheit bekommen. Also entschlossen sich die alten Koalitionäre CDU und GRÜNEN wieder zu koalieren und statt der FWG die SPD (Partei des Bürgermeisters) mit ins Boot zu nehmen. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 44 %. 15.186 Bürger waren weder bereit, ein Parteipolitiker oder eine Partei zu wählen.

Ergebnis einer stark abnehmenden Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt – und den Regierenden

Nichtsdestotrotz hat die neue Koalition die elf ehrenamtlichen Magistratsmitglieder schnell in den eigenen Reihen gefunden und mit Macht ausgestattet. Oft sind es lang gediente Kommunalpolitiker, die für ihre Partei in den Magistrat berufen werden. Dort sollen sie in 4 Jahren die Stadtpolitik verantworten und „Neu-Isenburg als die moderne Stadt“ gestalten.

Braucht es dafür aber nicht sogenannte „Kompetenzen“, was der Ausdruck von Leistungsfähigkeit bedeutet? Das ist in der Kommunalpolitik oft nicht ausschlaggebend. Wichtig ist offensichtlich (lange) Parteizugehörigkeit,

statt das so wichtige Wissen um Stadtentwicklung und wie Neu-Isenburg in die Zukunft geführt (transformiert) werden kann. Eine wahre Herkulesaufgabe für elf ehrenamtliche Politiker die neben ihrem Beruf bzw. Leben, nun im Magistrat der Stadt sitzen.

Bloß nicht scheitern

Die moderne Gesetzgebung und die Komplexität politischer Themen erfordern inzwischen auch für das Ehrenamt eine Professionalisierung, und oft ein Expertenwissen, mit der Folge einer „Vollzeitbeschäftigung“ in Ausschüssen und Fraktionen. Eine finanzielle Entschädigung soll den Verdienstausschlag für Ehrenamtlichen ausgleichen, der durch die Aufgabe, oder die Zurückstellung des Berufs entsteht (Bürgermeister und erster Stadtrat sind Berufspolitiker für 5 Jahre die ihr Amt als Hauptberuf ausüben, und so ihren Lebensunterhalt bestreiten können).

Aber was passiert, wenn unsere Stadtregierung mit ihren „ehrenamtlichen“ Magistratsmitglieder in den nächsten vier Jahren scheitert? Noch nie muss ein Magistrat in solcher Rekordzeit lernen, sich zu professionalisieren, und sich Expertenwissen aneignen, um auch die richtigen Entscheidungen für

unsere Stadt treffen zu können. Und nie wären die Folgen des möglichen Führungsversagens einer Stadtregierung dramatischer, als in der aktuellen 20. Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung von Neu-Isenburg.

Sind Kommunalpolitiker überfordert?

Das Ehrenamt verlangt eine zeitintensive Auseinandersetzung mit komplexen Themen wie Haushaltsfragen, Bauplanung, Verkehr, Innenstadtentwicklung und Klimaanpassung – neben dem eigentlichen Hauptberuf. Die Überforderung von Kommunalpolitikern ist bereits seit Jahren in Kommunen ein Thema, doch wer redet schon gerne offen und ehrlich (s.o.) vor der eigenen Wählerklientel darüber?

Das trifft auch auf unsere Kommunalpolitiker zu, die durch zunehmende Arbeitsbelastung, schwindende personelle Ressourcen, leere Kassen, sich einer Zunahme von Hass, Hetze und Gewalt gegenüber sehen. Besonders ehrenamtliche Mandats- und Amtsträger geraten oft an ihre Belastungsgrenze, da sie unmittelbarer Ansprechpartner sind und Kommunalentscheidungen auf sie zurückfallen. Der Magistrat steht unter besonderem Druck.

Leider ist es so wie immer, die Bürger durften wählen, aber danach war es das mit der Mitsprache des Volkes. Die Koalitionsbildung, als auch die personelle Besetzung des Magistrats, ging komplett an den Wählern vorbei! Das nennt sich politische Besitzstandswahrung, es ist das Bestreben von Parteien, den Status quo gegen Reformen oder Veränderungen zu verteidigen.

Parteien als auch Kommunalparlamente betrachten den Wunsch nach Bürgerbeteiligung oft als Konkurrenz oder störende Einflussnahme, anstatt es als wertvolle Ergänzung kommunaler Expertise zu begreifen. Das Potenzial der eigenen Bürger zu nutzen, bedeutet aber das Wissen, die Fähigkeiten, die Energie der Menschen aktiv in Entscheidungsprozesse und in Gestaltung des Gemeinwesens einzubeziehen. Das stärkt nicht nur die Demokratie, sondern führt auch zu innovativeren Lösungen und zu höherer Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Die Stadtpolitik schöpft oft das Potenzial ihrer Bürger nicht aus. Starre Verwaltungsstrukturen und mangelhafte Beteiligungsformate sowie fehlende Ressourcen, bremsen die Teilhabe der Bevölkerung aus. Und es fehlt natürlich auch der politische Wille, Macht abgeben zu wollen, während Bürger an bürokratischen Hürden scheitern oder dem Gefühl, nichts bewirken zu können. Um aber diese Potenziale freisetzen zu können, bedarf es oftmals eines echten Kulturwandels.

Rüsselsheim beruft Expertenrat ein

Der finanzielle Druck auf die Kommunen führt nun zu ersten Lösungen. Die Stadt Rüsselsheim hat einen unabhängigen Expertenrat eingesetzt, der bis Ende des Jahres ein Sparpaket erarbeiten soll. Die Fraktion benennen einen Sachverständigen, wobei Stadtverordnete ausgeschlossen sind. In Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Darmstadt als Aufsichtsbehörde, geht Rüsselsheim einen hessenweit einmaligen Weg: Experten, die keinen politischen Hintergrund haben, sollen für das Jahr 2027 ein Sparpaket schnüren, über das dann Stadtverordnete abstimmen werden.

Neu-Isenburger weit davon entfernt

Kommen wir zu unserer Stadt, die ebenfalls in einer Finanzkrise von großem Ausmaß mit weitreichenden Folgen steckt. Doch unsere Stadtregierung unter der Führung des hauptamtlichen Bürgermeisters und dem hauptamtlichen Ersten Stadtrat, ist wohl noch davon überzeugt, dass der neu gebildete Magistrat mit elf ehrenamtlichen Mitgliedern – und dem Wahlergebnis entsprechend – mit Parteimitgliedern besetzt; die Rolle eines Expertenrats zukommt. Sagte doch Gene Hagelstein als neuer Bürgermeister 2022 zur seiner Magistratsbildung:

„Ich habe die Anzahl ehrenamtlicher Dezernenten erhöht um Verantwortung auf viele Fraktionen zu verteilen. Sie bringen alle ihre persönliche Expertise mit und haben viele kreative Ideen.“

Nach vier Jahren hätte sich eine Bewertung dieser Entscheidung gelohnt. Ein weiter so, kann es nicht geben.



Dr. Oliver Hatzfeld und Kati Conrad

Wie löst man Stadtprobleme? Einfach mal die Ysenburger fragen!

Warum nutzt die Stadtpolitik nicht das Potenzial ihrer eigenen Bürger besser aus? Diese Frage stellt sich die Redaktion vom Neu-Isenburger Extrablatt und hat bei der Wählergruppe Die YSENBURGER nachgefragt, die mit ihren 12,1 % bei der letzten Kommunalwahl für Überraschung und Aufbruchstimmung gesorgt haben.

Von Klaus Reinhardt

Y! Durchaus zufrieden zeigten sich die DIE YSENBURGER mit dem Wahlergebnis und den fünf Sitzen im Parlament. Außerdem gab es rund um die Wählergruppe von Kati Conrad und Oliver Hatzfeld, auch noch einen Sitz im Magistrat – unserer Stadtregierung.

„Wir alle sind die Stadt!“

Im Wahlkampf hatte die Wählergruppe großen Zuspruch für ihre Ideen erfahren. Aber um diese auch jetzt umsetzen zu können, brauchen sie Mehrheiten im Parlament. „Das System einer starren Koalition halten wir für nicht mehr zeitgemäß“, sagten die Beiden und führten aus: „In der letzten Legislaturperiode konnten wir sehen, wie die Koalitionspartner auf dem Papier Kompromisse schließen mussten, hinter denen keiner der Beteiligten so richtig gestanden hat. Das hat die Entwicklung der Stadt blockiert.“ Das Neu-Isenburger Extrablatt fragt nach bei Kati Conrad und Oliver Hatzfeld:

Bedeutet „Wir alle sind die Stadt“ auch das Potenzial der Bürger zu nutzen, um Ideen in Entscheidungsprozesse und in die Gestaltung des Gemeinwesens einbeziehen zu können?

„Ja – genau das ist der Kern unseres Slogans ‚Wir alle sind die Stadt‘. Bürgerinnen und Bürger sind nicht nur diejenigen, die am Ende von politischen Entscheidungen betroffen sind. Sie bringen Erfahrung, Fachwissen, Ortskenntnis, Kreativität, Zeit und oft sehr konkrete Lösungsideen mit. Dies Potenzial wird aus unserer Sicht noch viel zu wenig genutzt und kann nicht durch externe Studien und Gutachten ersetzt werden. Wenn eine fertige Planung präsentiert und dann in einer

Echte Bürgerbeteiligung muss allerdings frühzeitig beginnen – solange noch Alternativen bestehen und tatsächlich etwas gestaltet werden kann. Wenn eine fertige Planung präsentiert und dann in einer PowerPoint-Präsen-

tation erklärt wird, warum alles nur genau so möglich sei, ist das keine Beteiligung. Politik und Verwaltung sollten zunächst die Ausgangslage, Kosten, Chancen, Risiken und Handlungsalternativen verständlich darstellen. Auch Fraktionen müssen offen erklären, wie sie diese Möglichkeiten bewerten. Dann braucht es Raum für eine Diskussion und eine nachvollziehbare Rückmeldung: Welche Anregungen wurden aufgenommen, welche nicht – und warum?

Um das zu erreichen, wünschen wir uns regelmäßige Bürgerversammlungen zu aktuellen Themen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen sowie digitale und persönliche Beteiligungsmöglichkeiten. Bei Entscheidungen, die Neu-Isenburger über Jahrzehnte prägen, kann am Ende auch ein Bürgerentscheid das richtige Instrument sein. Mit Stadtteillbudgets für Gravenbruch und Zeppelnhelm möchten wir außerdem konkrete Verantwortung dorthin geben, wo die Menschen die Situation am besten kennen. Gute Beteiligung muss Entscheidungen nicht verzögern. Im Gegenteil: Praktische Probleme und Konflikte werden früher sichtbar, Planungen werden belastbarer und die Akzeptanz wächst.“

In Rüsselsheim hat man nun einen unabhängigen Expertenrat auf Fraktionsvorschlag; ist das nicht schon wieder am Bürger vorbei?

„Expertenwissen u. Bürgerbeteiligung sind keine Gegensätze – sie erfüllen unterschiedliche Aufgaben. Ein Expertenrat kann die Frage beantworten, wie sich ein Ziel fachlich sinnvoll sowie wirtschaftlich erreichen lässt. Um herauszufinden, wohin sich eine Stadt entwickeln und welche Prioritäten sie setzen soll, müssen dagegen die Bürgerinnen, Bürger einbezogen werden.“

Kommunalpolitiker entscheiden ehrenamtlich, häufig allein auf Grundlage vorgelegter Drucksachen, über Projekte in Millionenhöhe. Auch der Magistrat arbeitet meist ehrenamtlich. Sich

bei komplexen Aufgaben Unterstützung von außen zu holen, ist deshalb manchmal der richtige Weg. In Rüsselsheim hat der Oberbürgermeister und Kammerer wegen dramatischer Haushaltslage einen Expertenrat einberufen, dem Fachleute aus Finanzaufsicht, Rechnungshof, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung angehören. Jede Fraktion durfte außerdem einen Vertreter benennen.

Entscheiden muss anschließend weiterhin die Stadtverordnetenversammlung. Der Rüsselsheimer Expertenrat ist somit keine Bürgerbeteiligung, sondern fachliche Unterstützung für Politik und Verwaltung. Ein unabhängiger Blick von außen kann Zahlen vergleichbar machen, eingefahrene Denkmuster aufbrechen und Möglichkeiten aufzeigen, die im politischen Alltag vielleicht übersehen werden.

Auch wir YSENBURGER! hatten in der letzten Legislaturperiode angeregt, die Verwaltung mit externer Hilfe neu zu strukturieren, Prozesse zu optimieren und zu digitalisieren. So hätten Mitarbeiter entlastet, Bürgerservice für verbessert und hohe Kosten eingespart werden können. Die Haushaltskonsolidierung in ihrer bisherigen Form ist in Neu-Isenburger gescheitert, daher wäre das Rüsselsheimer Modell für unsere Stadt durchaus eine Option.

Dabei muss klar sein: Experten können untersuchen, welche Maßnahmen möglich sind. Sie können aber nicht allein beantworten, welche Stadt die Menschen künftig haben möchten. Ob Vereinszuschüsse gekürzt, Gebühren erhöht, kulturelle oder soziale Angebote eingeschränkt oder Investitionen verschoben werden, ist keine rein betriebswirtschaftliche Frage. Diese Entscheidungen berühren das tägliche Leben und damit die politischen Prioritäten einer Stadtgesellschaft. Auch Bürger sind Experten, für ihre Stadt, ihre Lebenssituation und die praktischen Folgen einer Entscheidung. Die Politik darf sich deshalb nicht hinter einem Expertenrat verstecken.“

Wie wollen die Ysenburger der abnehmenden Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt begegnen?

„Identifikation kann nicht verordnet oder mit einer Werbekampagne hergestellt werden. Sie entsteht, wenn Menschen geme in ihrer Stadt leben, sich dort wiederfinden und erleben, dass sie etwas bewirken können. Wo dagegen der Eindruck entsteht, Entscheidungen werden ohne die Bürger getroffen, Projekte kämen über Jahre nicht voran oder der eigene Stadtteil werde regelmäßig hintenangelassen, wächst nachvollziehbar die Distanz.“

Wir möchten drei Dinge zusammenbringen: informieren, beteiligen, gemeinsames Engagement ermöglichen.

Kommunalpolitik muss leichter zugänglich und verständlicher werden. Niemand sollte sich durch schwer auffindbare Informationssysteme kämpfen müssen, um zu erfahren, was mit seiner Stadt geschieht. Tagesordnungen, Vorlagen, Projektstände und politische Alternativen müssen gut auffindbar und verständlich erklärt werden. Sitzungen sollten rechtzeitig und über unterschiedliche Kanäle angekündigt werden. Wir berichten deshalb seit 2021 auf YNYI.DE über das politische Geschehen in Neu-Isenburger.

Wir versuchen komplexe Abläufe verständlich zu machen, unterschiedliche Argumente darzustellen und mit den Menschen darüber ins Gespräch zu kommen. Politik passiert aber nicht nur Online, sie muss auch dorthin gehen, wo die Menschen sind: in die Stadtteile, zu Vereinen, Veranstaltungen. Wer gut informiert ist, der traut sich auch zu, seine Meinung zu sagen. Wir setzen uns daher für die frühzeitige Einbeziehung der Bürger bei wichtigen Projekten ein und für eigene Stadtteillbudgets. Wer sieht, dass aus einer Idee sichtbare Verbesserung entsteht kann sich besser identifizieren.

Eine entscheidende Rolle spielen außerdem unsere Vereine und das Ehrenamt. In Sport, Kultur, Sozialarbeit, Integration, Fastnacht und bei Stadtfesten wird aus vielen einzelnen Menschen eine Stadtgesellschaft. Wer gemeinsam organisiert, knüpft Kontakte, übernimmt Verantwortung, fühlt sich seiner Stadt stärker verbunden. Es benötigt verlässliche Rahmenbedingungen für Vereine und Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren möchten, um leichter Möglichkeiten finden.

Identität braucht darüber hinaus Orte, mit denen Menschen eine Verbindung haben. Die Hugenottenhalle, die Stadtbibliothek, der Alte Ort, die Frankfurter Straße und die Fußgängerzone sind ja nicht nur Gebäude und Flächen. Sie sind Treffpunkte und tragen Erinnerungen. Sie müssen zeitgemäß weiterentwickelt werden. Nach vielen Jahren der Untersuchungen und Studien müssen Fortschritte endlich auch sichtbar werden. Wir brauchen deshalb einen Masterplan – einen realistischen und finanzierbaren Entwicklungsplan für Kernstadt und Stadtteile, der gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet wird.

Unsere Geschichte kann Orientierung geben: Wenn es uns gelingt, sie in die Zukunft zu übersetzen, kann ein neues Verhältnis zwischen Politik und Stadtgesellschaft entstehen. Dann lautet die Frage nicht mehr nur: „Was tut die Stadt für mich?“, sondern:

„Was können wir gemeinsam für unsere Stadt tun?“

Leser und Öffentlichkeit wählen im Neu-Isenburger Extrablatt die besten Experten mit Herz und Verstand, zur Unterstützung des neuen Magistrats von Neu-Isenburg. Ein Gedankenspiel mit ernstem Hintergrund: Immer hörbarer werden die Befürchtungen, die tradierten Parteilinien seien mit der Herkulesaufgabe Neu-Isenburg für die Zukunft zu machen, überfordert. Ist unsere Stadtführung kompetent genug?

Jetzt haben sich auch nach der Kommunalwahl die Koalitionsfarben geändert und die Stadtregierung wurde in Form des Magistrats mit neuen Parteimitgliedern besetzt. Die dringend benötigte Sachkompetenz bleibt auf der Strecke. So manche sehen die Ursache im Benennungssystem. Oft sind es lang gediente Kommunalpolitiker, die für ihre Partei in den Magistrat berufen werden. Braucht es in Zeiten wie diesen nicht vor allem „Kompetenzen“?

Kompetenz ist der Ausdruck von Leistungsfähigkeit. Doch das ist in der Kommunalpolitik häufig nicht ausschlaggebend, wichtiger ist es, ein Parteibuch zu besitzen und auf eine langjährige Parteiloyalität zurückblicken zu können. In Neu-Isenburg ist die Situation besonders speziell: die Wahlbeteiligung zur letzten Kommunalwahl lag bei nur 44 %. Trotz dieser Minderheitenbeteiligung von gerade 12.283 wahlwilligen Neu-Isenburgern, wollen die Parteien mitregieren und Posten besetzen, während die Mehrheit, nämlich 15.186 Bürger, weder Parteipolitiker noch eine Partei bereit waren, zu wählen.

Das ist auch der Ausdruck einer stark abnehmenden Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und den dort Regierenden.

Doch Kritik ist immer leicht, warum kann man nicht auch die besten Experten einer Stadt zusammenbringen, und wer von ihnen hätte auch das Herz auf dem rechten Fleck, wenn es um unsere Stadt geht? Stellen Sie sich vor: jetzt hätten Sie das Wort: Was wären Ihre Vorschläge? Jeder könnte mit abstimmen und Namen einbringen, allerdings einzige Bedingung ist: es müssen Neu-Isenburger ohne ein Parteibuch sein.

Das Neu-Isenburger Extrablatt hat inzwischen in der Stadtgesellschaft diese Idee der Neu-Isenburger Expertenberater diskutiert und ist dabei auf großes Interesse gestoßen. Natürlich kam am Anfang mehr Skepsis und Fragen auf, als eine spontane Begeisterung. Doch sowohl bei den befragten Politikern als auch den Bürgern, kam innerhalb der Stadtgesellschaft die Suche nach „Experten ohne Parteibuch“ an. Sollte man also dieses journalistische Wagnis eingehen?

Die Redaktion vom Neu-Isenburger Extrablatt entschied sich dieses Gedankenspiel mit ernstem Hintergrund, journalistisch anzugehen. Wir suchen in Neu-Isenburg „Bürgerexperten“, die bereit wären, beratend, mit Herz und Verstand, den Magistrat unterstützen würden. Das Beispiel vom DDW Die Deutsche Wirtschaft hat im Mai Online die Frage nach einer Expertenregierung für Deutschland gestellt und wie sie aussehen könnte. Es äußerten sich Persönlichkeiten wie Boris Palmer, Frank Thelen, Veronika Grimm.

DIE WAHL ZUM EXPERTENBEIRAT: Wen schlagen SIE zur Unterstützung des Magistrats vor?



<https://neu-isenburger-extrablatt.de>

Zum beraten gesucht: Neu-Isenburger Experten mit HERZ & VERSTAND!

Stellen Sie sich vor, gewählte Bürger können die neue Stadtregierung in Form des Magistrats beraten! Wer sind die besten Experten vor Ort, denen wir ohne Parteibuch zutrauen, Neu-Isenburgs Magistrat mit Herz und Verstand unterstützen zu können?

Von Klaus Reinhardt

Würden Sie die Wahl annehmen? So wäre die Frage an den von Bürgern vorgeschlagenen „Experten“ zum Beispiel für „Wirtschaftsförderung“. (Der Posten ist derzeit von der Stadt ausgeschrieben, die die bisherige Fachbereichsleiterin Andrea Quilling, Ende des Jahres in den Ruhestand geht).

Vorausgesetzt, die Person würde die Wahl als Expertenberater für die Wirtschaftsförderung annehmen, dann wäre das Neu-Isenburger Extrablatt mit den folgenden Fragen zum Interview bereit: „Was würde nach der Annahme Ihre erste Handlung sein? Nennen Sie uns Ihre Ziele, die Sie während Ihrer Zeit als Experte in den nächsten vier Jahren angehen wollen. Und letzte Frage: Was sind aus Ihrer Sicht die bisherigen Versäumnisse in der Wirtschaftsförderung?“

Das zweite fiktive Beispiel haben wir dem Kultur- und Bildungszentrum zugeordnet, auf der Suche nach der von Bürgern vorgeschlagenen Neu-Isenburger „Experten“, in dem Fall eine Frau. Es kann dann bei der Frage zur Wahl auch zu einem klaren „nein“ kommen. Trotzdem würde das Neu-Isenburger Extrablatt mit Fragen nachschauen und wissen wollen, was da über die Jahre aus Expertensicht schief

gelaufen ist. Das Interview würde dann unsere von Bürgern vorgeschlagene Expertin mit unserem Kulturdezernenten Gene Hagelstein zusammenbringen. Sicherlich eine interessante Talkrunde, die unsere Neu-Isenburger Expertin trotzdem haben könnte.

Ein letztes Beispiel wäre die Wahl des Experten für „Moderne Verwaltung“, hierunter fällt nach Koalitionsvertrag auch das Zukunftsthema der „Smart City“ und „Digitalisierung“. Vorausgesetzt der Bürgerexperte nimmt auch die Wahl an: dann könnten folgende Fragen beispielhaft gestellt werden: Was ist die wichtigste Stellschraube, um die Digitalisierung in Neu-Isenburg voranzubringen? Und warum braucht es überhaupt ein Dezernat für Digitalisierung?

Hier könnte der von Bürgern vorgeschlagene Neu-Isenburger Experte im Interview auf den Stadtrat und Dezernenten Andras Frache treffen. Es wäre sicher eine interessante Gesprächsrunde zwischen einem verantwortlichen Magistratsmitglied und dem von Bürgern vorgeschlagenen Experten. So könnte die Distanz zwischen Stadtregierung und Bürgern insgesamt abgebaut und die Identifikation auch mit den Regierenden aufgebaut als auch emotional gestärkt werden.

FDP-Fraktion sieht die Idee Bürgerexperten zur Beratung eher kritisch

„Entsprechende Initiativen in der Vergangenheit in Form von Arbeitsgruppen mit Bürgerbeteiligung, brachten nicht den gewünschten Erfolg, verursachten aber einen erheblichen Mehraufwand in der Verwaltungsarbeit sowie für ehrenamtliche Kommunalpolitiker. Die Gremien wurden reduziert.“

Die Probleme von Beteiligungsformen liegen im hohen Aufwand, Außenstehende mit den vollständigen Entscheidungsgrundlagen vertraut zu machen. Auch dürfen viele für fundierte Entscheidungen erforderliche Informationen, nicht weitergegeben werden.

Bei den Mitarbeitern unserer Verwaltung ist zu vielen Themen umfassendes Fachwissen vorhanden, um die zu treffenden Entscheidungen fundiert vorzubereiten. Bei Bedarf werden weitere Experten beauftragt.

Derzeit bilden sieben Parteien/Wahlvereinigungen im Stadtparlament ein weites politisches Spektrum ab. Hier wird jeder interessierte Bürger, der sein Wissen und Können zum Wohle Neu-Isenburgs einsetzen will, eine geeignete Gelegenheit für Engagement und Mitarbeit finden.“

**Wir suchen
unsere Experten
mit Herz & Verstand –
aber ohne Parteibuch!**

Stellen Sie sich vor, Sie könnten die neue Stadtregierung in Form des Magistrats tatkräftig unterstützen. Wir suchen Ihre Vorschläge! Die einzige Bedingung: Nur Bürger ohne Parteibuch. Welche Experten hätten wir vor Ort, um die Stadtregierung bei ihren komplexen Aufgaben tatkräftig und mit Fachwissen unterstützen zu können?

Ein Expertenteam aus Bürgern soll beratend helfen unsere Stadt lebenswert zu gestalten aber auch wirtschaftlich wieder erfolgreich auszurichten. Das ist nötig, weil die Einnahmen z.B. aus Gewerbesteuer, das Fundament für den städtischen Haushalt sind. Das muss wieder stärker in den Fokus der Stadtpolitik rücken. Und das geht nur mit Experten die z.B. wissen, wie neue Unternehmen in Neu-Isenburg angesiedelt werden können.

Wen würden Sie vorschlagen?

Haben Sie Vorschläge für einen bürgerlichen Expertenrat? Jeder kann mit abstimmen und Namen einbringen, von Bürgern, die sich dem Wohl der Stadt Neu-Isenburg verpflichtet fühlen. Sie sollen zur Unterstützung der Magistratsmitglieder hauptamtlich und ehrenamtlich, in den nächsten schwierigen Jahren beratend helfen. Hierfür suchen wir die Experten aus Neu-Isenburg mit Herz und Verstand. Der Koalitionsvertrag 2026 liefert dazu die Aufgabenbereiche, mit denen Neu-Isenburg als moderne Stadt sozial, nachhaltig, klimafreundlich und lebenswert gestaltet werden soll:

Finanzen
Wirtschaftsförderung
Moderne Verwaltung
Stadtentwicklung und Planung
Kultur- und Bildungszentrum
Wohnen
Klimaschutz und Klimaanpassung
Mobilität
Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung
Kinder, Jugend, Senioren, Soziales
Kunst, Kultur, Sport Vereinsförderung
Vielfalt und Ehrenamt
Zeppelinhelm
Grabenbruch

Bald haben Sie das Wort!

Namen können auch mehrfach platziert werden, oder auch mehrere Personen für einen Themenbereich. Die Top-Rangfolge der Leserstimmen und neue Namensvorschläge werden dann wöchentlich aktualisiert. Man kann auch für „Themenfeld abschaffen“ votieren und neue Themenfelder vorschlagen. Ein Expertenrat soll dann vorschlagen, welche Experten braucht unsere Stadtregierung, um erfolgreich regieren zu können.

Über 500 Bürger nahmen an unserer letzten Befragung, dem „Bürgerbarometer“ im März dieses Jahres, zur Zufriedenheit mit ihrer Stadt, teil. Die Redaktion vom Neu-Isenburger Extrablatt ist deshalb zuversichtlich, dass nun auch die Bürger sich wieder melden und uns ihre Vorschläge mitteilen werden. Die Vorschläge werden dann alle Online registriert und auch verarbeitet. Weitere Informationen sind Online auf der neuen Plattform erhältlich.

Ab Oktober ist unsere Online-Plattform geöffnet. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme auf: www.isenburger-extrablatt.de

Die politische Absage an den geplanten Umbau von Hugenottenhalle und Stadtbibliothek zu einem gemeinsamen Kultur- und Bildungszentrum, wirft meines Erachtens eine grundsätzliche Frage auf: Ist diese Entscheidung Ergebnis einer nachvollziehbaren fachlichen Abwägung oder vor allem, die Folge eines politischen Kompromisses?

Aus den über viele Jahre vorliegenden Untersuchungen ergibt sich zunächst ein relativ einheitliches Bild. Bereits 2011 wurden erhebliche Defizite bei Flächen, Gebäudetechnik, Raumgestaltung und Möblierung der Stadtbibliothek durch die politischen Gremien festgestellt. Es stellte sich auch heraus, dass Hugenottenhalle und Bibliothek technisch und baulich eng miteinander verbunden sind.

Für den ein oder anderen mit der Materie vertrauten eigentlich offensichtlich, für manch einen der Entscheider eine neue Erkenntnis. Die spätere Bestandsanalyse durch ein externes Planungsbüro bestätigte nicht nur diesen Sanierungsbedarf, sondern sprach sich ausdrücklich dafür aus, die Sanierung, Modernisierung und Erweiterung gemeinsam zu Denken, um Synergien zu schaffen, gemeinsame Nutzungspotenziale auszu schöpfen, um auch Neues zu schaffen.

Die fachliche Logik war damit im Kern klar: Wenn ohnehin tief in die bauliche Substanz eingegriffen werden muss, sollte die Maßnahme zugleich die funktionalen Defizite beseitigen und neue Nutzungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine reine Bestandssanierung würde zwar erhebliche Mittel binden, ohne die räumlichen Engpässe der Bibliothek, die Anforderungen an eine moderne Veranstaltungshalle, oder die Idee eines offenen Kultur- und Bildungszentrums, eines so genannten „Dritten Ortes“, zu lösen.

John F. Kennedy formulierte diesen Grundsatz prägnant: „Efforts and courage are not enough without purpose and direction.“ Anstrengung und Mut reichen nicht aus, wenn Ziel und Richtung fehlen. Gerade für kommunale Großprojekte ist das entscheidend. Nicht allein die Frage, wie viel Geld ausgegeben wird, ist relevant, sondern auch, welchen langfristigen Nutzen die Investition für die Stadtgesellschaft generiert.

Vorbei sollten auch die Zeiten sein, in denen öffentliche Gebäude einzig und alleine einem einzigen Zweck dienen und außerhalb der dafür gedachten Öffnungszeiten geschlossen sind. Öffentliche Gebäude und Flächen dienen dem Gemeinwohl und werden von unserer aller Steuern und Abgaben finanziert. Beim Bau öffentlicher Gebäude sollte künftig stärker darauf geachtet werden, dass unterschiedliche Institutionen und Partner, Räume gemeinsam nutzen und so Synergien entstehen.

Die öffentliche Zugänglichkeit schafft Begegnungsräume, fördert den gesellschaftlichen Austausch und erhöht den Nutzen der Investition für möglichst viele Menschen. Flexible Raumkonzepte ermöglichen es den Vereinen, Bildungseinrichtungen, Kulturschaffenden und Unternehmen, Räume bedarfsgerecht anzumieten und gemeinsam Angebote zu entwickeln. Öffentliche Gebäude sollten möglichst viele Stunden am Tag genutzt werden können, damit die investierten Mittel durch eine hohe Auslastung besonders effektiv, nachhaltig eingesetzt werden.



Florian Obst, auch weiterhin engagiert für seine Heimatstadt

Fachliche Steuerung oder politischer Kurswechsel?

Von Florian Obst

Eine Einordnung zur Zukunft von Hugenottenhalle, der Stadtbibliothek sowie des Kultur- und Bildungszentrums in Neu-Isenburg.

So werden öffentliche Gebäude wirtschaftlicher, lebendiger und langfristig besser an veränderte Anforderungen angepasst. Das Konzept eines „Dritten Ortes“ an dieser Stelle hätte hier weitgehend weit über die Stadtgrenzen hinaus leuchten können. Die Einbindung externer Partner wie der Musikschule oder der VHS, das Bürgeramt, flexible Raumnutzung für Isenburger Vereine, Begegnungsräume und Aufenthaltsbereiche, diese Idee bot viel Gestaltungspotential und vor allem viel Raum für Synergien und Kooperationen.

Stellen wir uns die Frage: Was würde eine rein fachliche Bewertung inhaltlich der Variante ist über den gesamten Lebenszyklus wirtschaftlicher?

Es genügt nicht, nur die unmittelbaren Baukosten einer Erweiterung mit denen einer Sanierung zu vergleichen. Berücksichtigt werden müssten auch Folgekosten wie steigende Baupreise durch weitere Verzögerungen, Sanierungsbedarf anderer Gebäude, Betriebskosten sowie mögliche Fördermittelverluste. Nicht zu vergessen die Kosten für die Herrichtung und den Betrieb der geplanten Interimsspielfläche in der Domhofstraße 71.

Welche Lösung beseitigt die bekannten Mängel dauerhaft?

Die vorliegenden Untersuchungen beschreiben erheblichen, über kosmetischen Erneuerungsbedarf hinausgehenden Bedarf, verwiesen auf grundlegenden technischen und baulichen Defizite. Wenn eine Sanierung diese Probleme nur begrenzt löst, würde die Stadt hohe Summen ausgeben, ohne einen für kommende Jahrzehnte zukunftsfähigen Gebäudekomplex zu erhalten. Lassen sich Mängel in Punkte Barrierefreiheit einfach wegsaniieren? Woher kommt der benötigte Platz?

Welche Lösung erfüllt die Bedürfnisse der Nutzenden am besten?

Bibliothek, Volkshochschule, Musikschule, Stadtarchiv und die Veranstaltungshalle stehen für Bildung, Kultur, Begegnung und Teilhabe. Ihre räumliche Trennung mag organisatorisch einfacher erscheinen; sie kann jedoch Synergieeffekte schmälern, gemeinsame Zielgruppen und niedrigschwellige

Begegnungen erheblich schwächen. Auch im Blick sollte das Gebäudemanagement und die Bauunterhaltung der Stadt insgesamt stehen. Hier wurden durch die Koalition auch große Bedarfe insgesamt erkannt. Die Schaffung von gemeinsamen Nutzungskonzepten an einer Stelle, könnten an anderen Stellen Entlastung für das Liegenschaftsmanagement schaffen.

Welche städtebauliche Wirkung wird erzielt?

Ein Kultur- und Bildungszentrum als „Dritter Ort“ wäre mehr als ein saniertes Bürgerhaus. Es könnte einen öffentlichen Ort im Zentrum der Kernstadt schaffen, an dem Menschen unabhängig von Konsum, Alter oder sozialem Hintergrund lernen, arbeiten, Kultur erleben und miteinander ins Gespräch kommen. Eine solche Wirkung lässt sich nicht allein in Quadratmetern oder Baukosten messen.

Kommen wir nun zur Lücke in der politischen Begründung.

Die vorliegende Kritik richtet sich nicht gegen das Recht des Parlaments, Prioritäten zu verändern. Kommunalpolitik muss politische, finanzielle und gesellschaftliche Interessen miteinander abwägen und letztlich setzen Parteien Parteiprogramme um. Problematisch wird es aus meiner Sicht als aufstehender Bürger jedoch dann, wenn eine weitreichende Kursänderung erfolgen soll ohne, dass entscheidungsrelevante Daten vollständig auf dem Tisch liegen.

Für eine belastbare Entscheidung wären insbesondere eine vergleichende Kostenermittlung für die Varianten „Sanierung“ und „Sanierung mit Erweiterung“ sowie eine transparente Darstellung sämtlicher Folgekosten erforderlich. Dabei müssten auch die Bestandsgebäude der Albert-Schweitzer-Schule, die durch VHS und VdK genutzt werden, sowie die ehemalige Freizeithalle, aktuell durch die Musikschule genutzt, einbezogen werden.

Ebenso notwendig wäre eine Klärung der technischen Abhängigkeiten zwischen Hugenottenhalle und Stadtbibliothek sowie ein nachvollziehbares Raum- und Betriebskonzept für alle betroffenen Einrichtungen. Darüber

hinaus sollte eine tragfähige Strategie für Gastronomie, Aufenthaltsqualität und langfristige Belebung entwickelt werden. Ohne diese Grundlagen bleibt die Behauptung, der Verzicht auf eine Erweiterung führe zu einer erheblichen Einsparung, zunächst eine Annahme und ist keine nachgewiesene Wirtschaftlichkeitsentscheidung.

Winston Churchill wird der Satz zugeschrieben: „Plans are of little importance, but planning is essential.“ Der Gedanke trifft den Kern: Selbst, wenn sich einzelne Planungen ändern müssen, darf der Planungsprozess nicht beliebig werden. Die bereits erarbeiteten Gutachten, Wettbewerbe und Beschlüsse sollten nicht ignoriert, sondern als fachliche Grundlage für eine aktualisierte Entscheidung genutzt werden.

Politik braucht Fachlichkeit – Fachlichkeit ersetzt Politik nicht

Die Gegenüberstellung „Fachleute gegen Politik“ wäre allerdings zu kurz gefasst. Zwar können Fachleute Kosten, Risiken, Bedarfe, technische Zusammenhänge und Nutzungskonzepte bewerten. Sie können Varianten entwickeln und deren Folgen transparent machen. Sie können in unserer Demokratie jedoch nicht darüber entscheiden, welche Zukunft eine Stadt politisch will. Diese politische Entscheidung muss offen benannt werden.

Wenn sich die Stadtverordnetenversammlung gegen den Siegerentwurf und gegen die Idee eines gemeinsamen Kultur- und Bildungszentrums als Drittem Ort entscheidet, ist das nicht nur eine bauliche oder haushalterische Entscheidung. Es ist eine Entscheidung über Kulturpolitik, Bildungspolitik, Stadtentwicklung sowie unser gesellschaftliches Zusammenleben. Gerade deshalb sollte sie höheren Anforderungen an Transparenz genügen.

Die Frage lautet nicht nur: „Was kostet weniger?“ Sie lautet auch: „Welche Stadt wollen wir in zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahren sein?“

Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“ Über-

tragen auf die Debatte bedeutet das: Die Stadt sollte die Erkenntnisse der vergangenen fünfzehn Jahre nicht beiseite schieben. Sie sollte sie kritisch prüfen, aktualisieren und für die Gegenwart nutzbar machen.

Gastronomie als Teil eines lebendigen Ortes

Besondere Aufmerksamkeit verdient die geplante Reduzierung der Gastronomie auf ein Café mit Catering-Anbindung. Eine Veranstaltungsstätte wird nicht allein durch Bühne, Technik und Bestuhlung lebendig. Ein Restaurant oder gastronomischer Treffpunkt kann Besucherinnen und Besucher vor und nach Veranstaltungen im Haus halten, Es kann Künstlerinnen und Künstler zusammenbringen und Menschen auch außerhalb des Veranstaltungsbetriebs anziehen.

Die Beispiele aus der Umgebung mit vergleichbaren Hallen deuten auf einen wichtigen Grundsatz hin: Gastronomie muss organisatorisch und realistisch geplant werden, sie kann ein zentraler Bestandteil eines funktionierenden Hauses sein. Ein Restaurant ist nicht automatisch wirtschaftlich erfolgreich. Ein fehlendes gastronomisches Angebot kann aber die Aufenthaltsqualität und Attraktivität einer Kulturstätte deutlich schwächen.

Wer die baulichen Voraussetzungen heute nicht vorsieht, schafft unter Umständen Tatsachen für Jahrzehnte. Gerade bei einer umfassenden Sanierung wäre daher zu prüfen, ob ein tragfähiges, getrennt organisiertes Gastronomiekonzept möglich ist.

FAZIT

Eine fachlich belastbare Entscheidung steht noch aus

Auf Grundlage der geschilderten Entwicklung spricht aus meiner Sicht Vieles dafür, dass Fachleute nicht vorschnell auf eine bloße Sanierung und räumliche Zersplitterung gesetzt hätten. Wahrscheinlicher wäre ein ergebnisoffenes Verfahren gewesen: Kosten und Nutzen aller Varianten wären aktualisiert, technische Abhängigkeiten untersucht, Fördermöglichkeiten bewertet und langfristigen Wirkungen auf Bildung, Kultur, Stadtmitte und Betriebskosten einbezogen worden.

Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass der bisherige Siegerentwurf zwingend unverändert umgesetzt werden müsste. Baukosten, Haushaltslage und Prioritäten können sich verändern. Eine fachlich verantwortbare Alternative müsste jedoch nachweisen, dass sie tatsächlich wirtschaftlicher ist, die funktionalen Mängel dauerhaft beseitigt und eine überzeugende Perspektive für Bibliothek, Veranstaltungshalle, VHS, Musikschule und Stadtarchiv eröffnet.

Solange diese Nachweise fehlen, wirkt der Kurswechsel weniger wie eine fachliche Notwendigkeit als wie ein politisch ausgehandelter Kompromiss. Das Parlament hat das Recht, einen solchen Kompromiss zu beschließen. Es sollte dann aber auch Verantwortung dafür übernehmen, dass aus kurzfristiger Entlastung nicht langfristiger Stillstand wird. Denn kommunale Infrastruktur ist mehr als ein Kostenblock. Sie ist Ausdruck davon, welchen Stellenwert Bildung, Kultur, Begegnung und Zukunftsfähigkeit in einer Stadt haben.

Den Wirtschaftsstandort wieder nach vorne bringen!

Welche Reformen braucht unsere Wirtschaftsförderung?



Kommunale Wirtschaftsförderungen befinden sich in herausfordernden Zeiten. Die Haushaltslage der meisten Städte und Gemeinden in Deutschland hat sich deutlich verschlechtert, gleichzeitig sind die Ausgaben für soziale Leistungen und Investitionsbedarf in infrastrukturelle Aufgaben weiter gestiegen (Bertelsmann Stiftung, 2025). Eine von (Handels-)Konflikten und Kriegen geprägte geopolitische Lage hat anhaltende Unsicherheiten in Lieferketten und Absatzmärkten der exportorientierten deutschen Wirtschaft verursacht.

In der Folge zeichnen sich in vielen Branchen Umsatzrückgänge ab, die sich aktuell in steigenden Erwerbslosenzahlen widerspiegeln (Bundesagentur für Arbeit). Hinzu kommt ein Druck, der durch wirtschaftspolitische Wachstumsziele geprägt ist. In diesem Kontext stehen die Wirtschaftsförderungen vor einer doppelten Herausforderung: Einerseits sind sie als Institutionen, die zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen zählen, direkt von der kommunalen Finanznot betroffen.

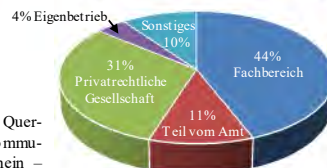
Andererseits wirken sie als Querschnittsaufgabe in zahlreiche kommunale Entscheidungsprozesse hinein – wie in die Stadt-, Umwelt- oder Infrastrukturplanung. Umgekehrt beeinflussen Maßnahmen städtischer Ressorts, ebenso wie unterlassene kommunale Investitionen, maßgeblich die lokale Wirtschaftsentwicklung. Außerdem macht das enge finanzielle Korsett es kommunalen Wirtschaftsförderungen schwer, den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die an sie, mit Blick auf die Sicherung eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums, die Fachkräftesicherung und eigene Innovationsfähigkeit gestellt werden.

Aktuelle Difu-Umfrage

In diesem Spannungsfeld sind Wirtschaftsförderungen mehr denn je besonders wichtig, um zukunftsweisende Transformationsprozesse im Blick zu behalten, wirtschaftliche Stabilität, und Wettbewerbsfähigkeit miteinander zu verbinden. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat im letzten Jahr eine Befragung der Wirtschafts-

förderungen deutscher Städte durchgeführt. Ziel der Erhebung war es, einen aktuellen Überblick über Strukturen, Aufgabenfelder und Entwicklungsperspektiven kommunaler Wirtschaftsförderung zu gewinnen. Der Fragebogen umfasste die Themenbereiche Organisation, Tätigkeitsspektrum und inhaltliche Schwerpunkte, Kooperationen sowie Steuerungsmechanismen und zukünftige Perspektiven. Von den 197 angeschriebenen Städten beteiligten sich insgesamt 150 Kommunen,

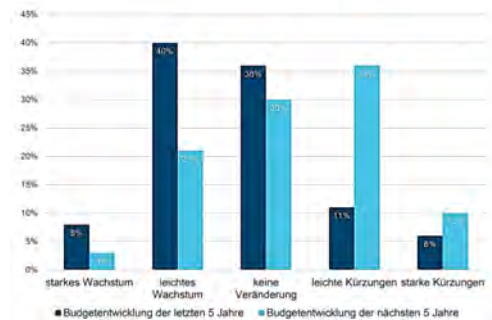
Organisation Wirtschaftsförderung



In den meisten befragten Städten bildet die Wirtschaftsförderung ein eigenes Amt bzw. einen Fachbereich (44 %) oder einen Teil davon (11 %). In 6 Kommunen ist sie als Eigenbetrieb organisiert. Unter Sonstiges geben 11 Kommunen eigene Stabstellen an. In 50 Städten (31 %) ist die Wirtschaftsförderung in privatrechtlichen Gesellschaften organisiert. In 39 Städten sind diese zu mehr als 50 % in kommunaler Hand. In 19 Städten sind die Kommunen sogar zu 100 % Eigner der betreffenden Gesellschaften.

Der Wechsel von Amt zu GmbH ist in den letzten 5 Jahren relativ häufig festzustellen, aber auch neue Stabstellenbereiche sind entstanden. Die Personalausstattung weist allerdings große Unterschiede auf. 49 % der Städte verfügt über 5 bis 15 Mitarbeitende. 27 % müssen mit einem kleinen Team 1 bis 4 Beschäftigten, ihre Aufgaben bewältigen.

Budgetentwicklung



Nahezu die Hälfte der Wirtschaftsförderungen (48 %) geben ein „leichtes“ bis „starkes“ Budgetwachstum an. Am stärksten vom Zuwachs profitiert haben GmbHs, unter ihnen verzeichneten 68 % ein starkes bis leichtes Wachstum. Unter den Wirtschaftsförderungen, die innerhalb der Verwaltung organisiert sind, gaben die meisten (42 %) keine Budgetveränderungen an, immerhin knapp ein Viertel (24 %) waren jedoch von leichten bis starken Kürzungen betroffen. Erwartungen an die Budgetentwicklung sind pessimistischer vor allem in Ämtern.

Aktuelle Themenfelder und Zukunftsthemen

Zur Auswahl standen 24 Themen. Bei den aktuell am wichtigsten bewerteten Themen weisen die Top-5-Themen eine gewisse Stabilität auf. So haben für den Großteil der Teilnehmenden auch diesmal die Entwicklung von Gewerbe- und Industriezonen, die höchste Relevanz. Die Innenstadt-/Einzelhandelsentwicklung hat an Bedeutung gewonnen, und ist von Platz 4 auf 2 vorgerückt ist. Vom 2. auf den 3. Platz ist die Problematik der Fachkräftesicherung gerückt. Darauf folgt die Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur (vorher: Platz 4). Das Thema Standortmarketing löst auf Platz 5 (vorher: 6) das Thema Industrie/Wirtschaft 4.0 ab, jetzt auf Platz 7.

Bei den auch zukünftig wichtigen Themen zeigt sich – zumindest mit Blick auf die fünf Spitzenplätze – eine Konstanz im Vergleich zu den aktuell wichtigsten Themen. Den größten Bedeutungsgewinn unter allen auswählbaren Themen verzeichnen die Themen Bereitstellung erneuerbarer Energien an Gewerbestandorten, die Unternehmensnachfolge, Flächensparendes/effizientes Gewerbebau, Kreislaufwirtschaft (Circular Economy)

Ein Drittel der Großstädte setzt die Themen Clusterpolitik und Industrie/Wirtschaft 4.0 zukünftig auf Platz 5 als unter den mittelgroßen Städten, wo nur jede fünfte bis zehnte Stadt dies zukünftig am wichtigsten hält.

Fazit

Kommunale Wirtschaftsförderungen agieren in einem breiten, dynamischen Aufgaben- und Themenfeld. Während Flächenentwicklung, Innenstadt- und Einzelhandelsförderung weiterhin die höchste Relevanz besitzen, gewinnen Themen wie Fachkräftesicherung, flächensparendes gewerbliches Bauen, Klimaschutz und Circular Economy an Bedeutung. Unterschiede verdeutlichen, dass Großstädte stärker auf Industrie 4.0, Clusterpolitik und Digitalisierung setzen, kleinere Kommunen auf wirtschaftsnahen Infrastrukturen und Standortmarketing priorisieren.

Wird Technologie uns kontrollieren oder wir sie? Ein Plädoyer für prometheischen Stolz – und ein persönlicher Erfahrungsbericht über ungeahnte neue Möglichkeiten.

Kennen Sie das Gefühl? Sie wissen über ein Thema bereits Bescheid und fangen an zu glauben, irgendwie alles darüber zu wissen und sich daher weniger dafür interessieren zu dürfen. Man nennt es auch die Illusion des Wissens und der Weg von dort ist leider nicht weit zum Dunning-Kruger-Effekt, der das Phänomen der Wissens-Selbstüberschätzung beschreibt.

Vor dieser Situation stand ich vor kurzem. Die Bitcoin-Konferenz in Prag stand an und ich fragte mich nach immerhin zehn Jahren Beschäftigung mit Bitcoin, ob ich hinfahren soll und „ob mir das etwas bringt“. Genug anderes zu tun hätte ich immer und gut zehn Stunden Autofahrt sind schließlich auch nicht zu vernachlässigen.

Immer wenn dieses Gefühl „kenne ich doch schon jetzt genug“ in mir auftaucht, ist es ein Alarmzeichen. Das Alarmzeichen, noch einmal in sich zu gehen, genauer hinzuschauen und die eigenen Vorurteile zu widerlegen. Ich fuhr also nach Prag und wurde nicht enttäuscht. Vorträge über Evolution, über die Explosion des Wissens, über die Cypherpunk-Bewegung oder über das souveräne Individuum der Zukunft

Wird uns die Technologie kontrollieren?

Von Milosz Matuschek



Die neue Welt als Wille und Vorstellung, Plädoyer für prometheischen Stolz

und neue Produkte, die rund um Bitcoin entstehen. So saß ich in einem Vortrag über dezentrale Netzwerke und KI und dachte mir spontan: „Das probiert du jetzt einmal aus.“ Dann fuhr ich in mein Hotelzimmer und warf den Rechner an.

„It's a kind of magic“

Was dann geschah, verrate ich am Ende des Textes. Kurz gesagt: Abrakadabra. Es geschieht, während ich spreche. Die Maschinen mit ihrer eigenen

abweisenden Code-Sprache, die mir bisher verschlossen waren, haben nun eine Schnittstelle für menschliche Sprache, dank KI. Ich spreche meine Wünsche, meine Vorstellungen in ein Programm hinein und das Gerät baut mir eine Softwareanwendung in wenigen Stunden, teils nur Minuten. Die technischen Hürden sind gefallen, eine weitere Bastion von Experten kann nun von findigen Laien gestürmt werden. Wahrlich der Beginn einer neuen Zeitrechnung. Nahezu alle App-Ideen, die ich teils schon seit 10 Jah-

ren habe, könnte ich nun wohl im Grunde selbst bauen.

KI kann Kreativität und Freiheit fördern, aber auch die Überwachung, Manipulation und Abhängigkeit verstärken. Die eigentliche Frage lautet ob wir lernen, Werkzeuge in unserem Sinne verantwortungsvoll einzusetzen

Der Prometheus-Mythos erzählt von einem Titanen, der sich gegen Zeus stellt und den Menschen das Feuer bringt. Das Feuer steht für Wissen, Technik, Schöpferkraft und die Fähigkeit, die Welt selbst zu gestalten. Göttliche Eigenschaften. Weil Prometheus den Menschen diese göttliche Macht zugänglich macht, wird er von Zeus hart bestraft. An einen Felsen gekettet, wird ihm jeden Tag die Leber von einem Adler herausgerissen, die über Nacht wieder nachwächst.

Im Zeitalter der künstlichen Intelligenz erhält dieser Mythos eine neue Bedeutung. Bitcoin, KI, dezentrale Kommunikationsprotokolle sind das neue Feuer im Raum. Sie verleihen einzelnen Fähigkeiten, die früher Institutionen, Konzernen oder Staaten vorbehalten waren. KI demokratisiert geistige Produktivität, offene Protokolle verschieben Machtverhältnisse, hin zu unzensurierbarem Geld und unzensur-

barer Information. Jede Neuerung ist ein ambivalentes Geschenk. Sicher. Feuer kann wärmen oder zerstören, KI kann Kreativität und Freiheit fördern, aber auch die Überwachung, Manipulation und Abhängigkeit verstärken. Die eigentliche Frage lautet, ob wir lernen, Werkzeuge in unserem Sinne verantwortungsvoll einzusetzen.

Wie wäre es mit mehr Prometheischem Stolz?

Ja, die KI nivelliert Bildungsunterschiede auch massiv. Spezialkenntnisse stehen jetzt Laien zur Verfügung. Nicht-Akademiker kann jetzt schreiben wie ein Akademiker. Und wie so oft hängt es von unserer Einstellung ab, was wir daraus machen. Blicken wir auf das Schreckensszenario grassierender Arbeitslosigkeit oder fragen wir, uns selbst, ob wir und wie wir diese Technologie zur Hebelung der eigenen Kräfte nutzen können? Mit KI wächst dem Menschen eine Art technologisches Exoskelett an Werkzeugen hinzu, getragen von einem zugeschalteten Megagehim.

Technikphilosoph Günther Anders hat von der „prometheischen Scham“ gesprochen, in die uns Technologie versetzt: fühlen wir uns in den Schatten gestellt von perfekten Maschinen und dem Gefühl, nun ein Stückweit mehr an Souveränität von Staat und Industrie zurückzubekommen?

Fortsetzung folgt

Salus BKK bleibt auch in Zukunft eigenständig

Fusion mit BIG direkt zum 1. Januar 2027 geplätzt



Das will die Salus BKK

„Bei allen aktuellen Diskussionen in der Öffentlichkeit zu vermeintlich notwendigen Fusionen von Krankenkassen, ist es uns wichtig, die Qualitätsparameter und die Leistungs- und Serviceversprechen gegenüber unseren Versicherten und Partnern zu halten und vor allem zu verbessern. Fusionen dienen dazu, Synergieeffekte zu nutzen und am Ende eine bessere Situation für die Versicherten zu generieren.“

Werte, die der Salus BKK auch für die Zukunft wichtig sind: ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis, eine schnelle, kundennahe und vor allem persönliche Bearbeitung der Anliegen unserer Versicherten. Dank unserer schlanken Strukturen, einem guten Mix aus digitalen und persönlichen Kommunikationskanälen – und alles im wirtschaftlich ausgewogenen Rahmen – gelingt es uns, dies mit ausgesprochen geringen Verwaltungskosten als Salus BKK anzubieten.

Albrecht Ehlers als Verwaltungsratsvorsitzender der Salus BKK stellte im Nachgang zur geplanten Fusion mit BIG direkt fest: „Nach genauer Betrachtung der Ist-Situation und der Suche nach einer möglichen gemeinsamen Zukunft wurde deutlich, dass die Übereinstimmungen zu gering und zu erwartende Vorteile für die Versicherten nicht in ausreichendem Maße sind. Die Kündigung der Kooperation war somit ein nachvollziehbarer Schritt. Leider war es uns nicht möglich, eine mit der BIG direkt abgestimmte Pressemitteilung zu erstellen und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute.“

Eine besondere Firmengeschichte

Die Betriebskrankenkasse war eng mit dem Schicksal der Philipp Holzmann AG verknüpft. Im Jahre 1895 wurde sie als eigene Betriebskrankenkasse von Philipp Holzmann – dem ältesten

Sohn des Konzernvaters Johann Philipp – für die Betriebsangehörigen gegründet. Erst viele Jahre später 1998, erfolgte die bundesweite Öffnung als Betriebskrankenkasse, mit Ausnahme des Saarlands. Ab diesem Zeitpunkt gelang es konstant, neue Mitglieder zu gewinnen. Wichtige Unternehmenswerte, wie absolute Kundenorientierung, Zuverlässigkeit, Freundlichkeit, sowie die Orientierung auf Vorsorge und Prävention haben so bisher schon über 174.000 Versicherte überzeugt. Seit 2002 findet sich das Leitbild einer umfangreichen Förderung der Gesundheit auch im Namen wieder. Die römi-

sche Göttin Salus steht als Sinnbild für Wohlbefinden, Glück und Gesundheit. Die Nutzung dieses Namens ist Verpflichtung und Programm. Daher wurde auch die Expertise in dem Bereich Gesundheitsförderung noch mehr verstärkt. Daneben wurden im Laufe der Jahre weitere Service-Center, wie in Stuttgart und Hannover eröffnet. Seit Januar 2014 ist die Salus für das komplette Bundesgebiet geöffnet, auch das Saarland. Insgesamt kümmern sich weit mehr als 300 Mitarbeitende an 14 Standorten um die Belange der Salus BKK Mitglieder. Informationen hier: www.salus-bkk.de

Neu-Isenburgs erfolgreiche Frauen im Mitttestand gesucht

Wahl zum Innovator des Jahres

Neu-Isenburg hatte immer engagierte Frauen in verschiedensten Funktionen, die unsere Stadtgeschichte maßgeblich geprägt haben. Sie stehen für Mut und Optimismus und sind bis heute Vorbilder. Ob Lehrerin, Unternehmerin, sportliche oder fürsorgliche Leistungen, eben starke und ermutigende Vorbilder. Heute noch im Stadtarchiv ausgestellt wie die 1904 in Neu-Isenburg geborene, spätere Unternehmerin Katharina Rind. Sie war Fabrikantin der Frankfurter Würstchen und übernahm im Familienunternehmen die Führung.



Schade, dass es den Award „Innovator des Jahres“ erst seit 2017 gibt, er ist größter Publikumspreis der deutschsprachigen Wirtschaft: hunderten Akteure beurteilen innovative Produkte und Verfahren der Nominierten und Preisträger. Da hätte Katharina Rind, geb. Wirth, für das Produktionsverfahren die Frankfurter Würstchen in Dosen herstellen zu können, den Innovator des Jahres bekommen auch für ihre „Linsensuppe“.

und Büglerinnen waren für das Gütesiegel der Stadt verantwortlich. Die wichtigsten Kunden waren damals die wohlhabenden Frankfurter Familien. Sie hätten bestimmt die Neu-Isenburgerinnen zur Preisverleihung Innovator des Jahres vorgeschlagen, wenn es ihn gegeben hätte. Doch wo sind heute die erfolgreichen mittelständigen Frauen der Stadt?

Der Award für die besten Wirtschaftsfrauen

Der Publikumspreis „Frauen im Mittelstand FIM“ wurde 2024 beim Innovator des Jahres begleitend zum bundesweiten Preis „Erfolgreiche Frauen im Mittelstand“ ins Leben gerufen. 2026 zeichnet „FIM“ innovative Geschäftsführerinnen sowie Unternehmerinnen aus.

Ziel des Preises ist, mit mustergültigen Vorbildern die Gesellschaft zu verändern, Frauen sichtbarer zu machen und andere Frauen zu eigenen Karrieren zu motivieren, letztlich auch Bekanntheitsgrad von Unternehmen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, zu steigern und andere Unternehmen zum Nachahmen anzureizen. Die These: Über eine höhere Partizipation von Frauen im Arbeitsleben wird langfristig die Altersarmut reduziert und gemeinsam können Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft besser gelöst werden.

Gestaltungsraum erkennen und nutzen



Schirmfrau des Awards ist Birgit Heraeus-Roggendorf, das Aufsichtsratsmitglied des Familien- und Technologieunternehmens Heraeus in Hanau, eine passionierte Familienunternehmerin. „Es ist mir ein Anliegen, dass wir unseren Gestaltungsraum erkennen und nutzen. Der Preis setzt genau hier an: Er zeichnet Vordenkerinnen aus und vernetzt sie miteinander.“

Hier können sich Geschäftsführerinnen von Unternehmen und Innovationsorten, die in Deutschland angesiedelt sind <https://www.innovator-des-jahres.com/bewerben/>

Letztes Jahr feierte die in Neu-Isenburg ansässige Betriebskrankenkasse für Gesundheit und Wohlbefinden, ihr 130-jähriges Bestehen. Noch im September 2025 verkündete man stolz mit der in Berlin ansässigen Betriebskrankenkasse „Big direkt gesund“, zu fusionieren, um im Wettbewerb besser bestehen zu können. Dann vor wenigen Wochen der große Paukenschlag: beide Betriebskrankenkassen verkündeten, getrennt voneinander, den geschlossenen Kooperationsvertrag mit der Fusion zum 01.01.2027 nicht weiter zu verfolgen.

BIG direkt zog zurück

Der größere Fusionspartner „BIG“ ließ den Deal platzen. Nach intensiver Analyse habe man sich entschieden, aus strategischen Gründen „die geplante Fusion mit der Salus BKK nicht weiterzuverfolgen und die Kooperation zu beenden“, teilte die BIG direkt mit. Albrecht Ehlers als Verwaltungsratsvorsitzender der Salus BKK stellte fest es sei deutlich geworden, dass die Übereinstimmungen zu gering und zu erwartenden Vorteile für die Versicherten, nicht ausreichend seien.

Wie im Vertrag festgelegt, fand eine umfassende Prüfung zu Finanzen und zur Zukunftsfähigkeit beider Häuser, statt. Hier galt es, Synergien und zu erwartende Vorteile beider Krankenkassen zu identifizieren. Salus BKK sei seit über 130 Jahren eine wirtschaftlich erfolgreich aufgestellte Betriebskrankenkasse, die mit günstigen Verwaltungskosten punktet, hieß es.

Es geht ums Überleben

Die Krankenkassen sind derzeit gezwungen, sich neu aufzustellen. Der Gesundheitsfonds macht ihnen arg zu schaffen. Mittlerweile neun gesetzliche Krankenkassen sind gezwungen, Zusatzbeiträge von acht oder mehr Euro monatlich zu verlangen. Und zusammen mit der unpopulären Nachricht müssen sie ihre Versicherten auf den nun möglichen Wechsel zu einer günstigeren Kasse aufmerksam machen. Tatsächlich ist das Wechselinteresse der Versicherten so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Einfacher werden die Zeiten für die Kassen nicht. Allein in diesem Jahr wird eine Unterdeckung des Gesundheitsfonds von knapp vier Milliarden Euro erwartet.

Wie geht's weiter mit dem „Frankfurt“ Gravenbruch Hotel?

Iran-Verbindung wird dem Standort zum Verhängnis

Das Luxushotel ist in eine schwere Krise gerutscht, die zuletzt immer deutlicher wurde. Schon in den vergangenen Wochen waren über die Hilton-Website nur noch bis Ende August Hotel-Zimmer in Gravenbruch buchbar. Die US-Hotelkette hatte den Vertrag mit dem Haus gekündigt, mit dem sie erst zwei Jahren zusammen arbeitete.

Gravenbruch Hotel im Notbetrieb

Von einer Schließung könne allerdings keine Rede sein, sagt Geschäftsführer Werner Kleber: „Im Background läuft der Betrieb weiter.“ Die Belegschaft kümmert sich um Reparaturen und die Pflege der Grünanlagen, damit das Hotel möglichst schnell den normalen Betrieb wieder aufnehmen könne. Das sei das Ziel. Gäste könnten aber nicht aufgenommen werden, bestätigt Kleber. „Wir können keine Brötchen mehr bestellen“, unreißt der Hotel-Chef die finanzielle Situation. Es sei aktuell un-



möglich, den gewohnten Service anzubieten, weder für Gäste noch für Veranstaltungen. Aufgrund von EU-Sanktionen seien Geschäftskonten gesperrt.

Das ist geschehen...

Auslöser für die aktuelle Lage ist die Entscheidung der EU, den umstrittenen iranischen Finanzier Ali Ansari auf die Liste der von Iran-Sanktionen betroffenen Personen zu setzen. Zur Begründung heißt es, Ansari habe über ein Firmennetzwerk für Mitglieder des iranischen Mullah-Regimes er-

hebliche Vermögenswerte und Immobilien erworben. Das stürzt jetzt auch Hilton-Gravenbruch in diese Krise. Hier war Ansari laut Handelsregister zuletzt an 2 Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt: der Allsco GmbH der Eigentümerin der Immobilie, sowie der Allsco Gravenbruch Hotelbetriebsgesellschaft. Die Sanktionen gegen ihn, hatten Konsequenzen, auch die Konten der beiden Firmen sind gesperrt und wurden eingefroren sind. Das gilt, obwohl beide Allsco-Gesellschaften Ende Juli einen Insolvenzantrag gestellt haben und einem vorläufigen Insolvenzverwalter unterstellt sind, der als Treuhänder die Finanzen verwaltet.

Sehr zum Erstaunen von Hotelgeschäftsführer Kleber, da auch dieser Insolvenzverwalter keinen Zugriff auf das von ihm eingerichtete und verantwortete Treuhandkonto hat. Obwohl dieses Konto mit Ali Ansari gar nichts zu tun habe. Den Beschäftigten konnte für Juli der Lohn noch ausgezahlt werden, für August sei man guter Dinge.

Gütesiegel Isenburger Bleiche



Ein weiteres innovatives Produkt aus der Hugenottenstadt, war den damaligen Wäscherinnen zu verdanken. Im Adressbuch vom Jahr 1900 sind 103 Wäschereien bei rund 10.000 Einwohnern verzeichnet. Fast die Hälfte waren kleine Familienunternehmen. Unter den Hugenottinnen gab es viele Expertinnen im Wäsche reinigen. Der Alte Ort hatte sich zur guten Adresse fürs Wäschereihandwerk entwickelt, war in der Gegend konkurrenzlos.

Der Grund: Auf den feuchten Wiesen hinter der Wiesenstraße konnten die Wäschereien besonders gut bleichen. Man hielt die Laken auf den Wiesen so lange feucht, bis sie fleckenlos und strahlend weiß den Besitzern zurückgegeben wurden. 200 Wäscherinnen

Haben Sie schon die Frankfurter Straße

„neu entdeckt?“

Gratis-Stadtmöbel im Stadtbild



Seit Juli 2026 läuft die Online-Umfrage der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen, die direkt an den Möbeln oder digital abrufbar ist. Man freut sich über rege Beteiligung, um über die Zeit der Projektphase hinweg in Erfahrung bringen können, wie die Resonanz der Bürger und Bürgerinnen sowie der Einzelhändler und Gastronomen zu den Stadtmöbel ausfällt. Ergänzend dazu ist es möglich über einen Briefkasten

an der Infosteile vor der Kaiser-Passage/REWE Markt Frankfurter Straße (gegenüber Fußgängerzone), Anregungen in analoger Form aufzuschreiben und einzuwerfen. Sowohl die Ergebnisse aus der Online-Umfrage als auch die Ergebnisse aus dem Briefkasten an der Infosteile werden ausgewertet und fließen in zukünftige Planungen ein. Wie wird die Neu-Isenburger Innenstadt aktuell wahrgenommen? Was gefällt den Menschen besonders gut? Wo

gibt es Verbesserungsbedarf? Welche Wünsche und Erwartungen bestehen an eine zukunfts-fähige Innenstadt? Diesen Fragen widmet sich die City-Studie Neu-Isenburg. Die Stadt Neu-Isenburg lädt alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein, sich an der Online-Umfrage zu beteiligen und ihre Perspektiven einzubringen. Im Mittelpunkt steht die Innenstadtgestaltung, die trotz Stadumbauprogramm bisher wenig sichtbares hervorgebracht hat.

Über Jahrzehnte versäumt: die Entwicklung der Stadtteile

Ein Aufbegehren



Die Wählergruppen Die Gravenbrucher und die Bürgerinitiative Zeppelinheim, möchten die Sichtbarkeit der Stadtteile Gravenbruch und Zeppelinheim, mit einer aktiven Stadtteilentwicklung, nachhaltig in der Kernstadt-Politik manifestieren. Neu-Isenburg muss in diese Stadtteile investieren, sie hat sie schlüsselfertig bekommen.

Gravenbruch: Die Satellitenstadt wurde ab 1960 komplett von privaten Investoren sowie Wohnungsbaugesellschaften hochgezogen, Straßen, Leitungen und Wohnblöcke wurden privat finanziert. So gewöhnte sich die Stadtverwaltung früh daran, hier kaum Haushaltsmittel zu binden.

Zeppelinheim: Der Ort entstand in den 1930ern als Luftschiffersiedlung und kam erst 1977 durch die hessische Gebietsreform zu Neu-Isenburg. Im Auseinandersetzungsvertrag 1975, wurden zwar Bestandsgarantien festgeschrie-

ben, grundlegende zukunftsweisende Strukturinvestitionen blieben aber aus. In den 70er bis 90er Jahren hielten sich die Stadtteile privatwirtschaftlich am Laufen – Investitionen tauchten nur geringfügig im städtischen Haushalt auf. Über viele Jahre reichte es folglich aus, den baulichen Status Quo der Nachkriegsjahrzehnte seitens des Rathauses lediglich zu verwalten.

Die Zeit des Wandels

Über die Jahrzehnte veränderte sich die Bevölkerung in beiden Stadtteilen massiv. Die Infrastruktur der Stadtteile wurde nicht vorausschauend mitentwickelt: so fehlen zuverlässige Mobilitätskonzepte, in Gravenbruch ein verträgliches Parkraummanagement und in Zeppelinheim barrierefreie Wege.

Durch den Siegeszug der Discounter und den Boom des Online-Handels, brachen die kleinen Geschäftsstruktu-

ren in Gravenbruch und Zeppelinheim sukzessive weg. Die Politik hat es versäumt, frühzeitig auf das Marktsterben zu reagieren, wodurch schrittweise „Versorgungsnöte“ entstanden.

Mobilität: Jugendliche, Senioren, die nicht mehr fahren können, und Menschen ohne eigenes Auto fordern eine dichte und zuverlässige Taktung von Bus und Bahn sowie die Bereitstellung entsprechender Radwege: in benachbarte Ortschaften und in die Kernstadt, insbesondere vor dem Hintergrund, die Stadtteile liegen kilometerweit isoliert im Wald.

Durch den Klimawandel heizen sich versiegelte Beton- und Außenflächen, wie sie vor allem in Gravenbruch zu finden sind, auf. Es fehlen flexible Konzepte zur Entsiegelung. Zeitgleich sind die Menschen auf Autos angewiesen, für die es teilweise gar keine Stellflächen mehr gibt.

Durch die Digitalisierung und den Trend zu Homeoffice und hybrides Arbeiten, verbringen die Menschen viel mehr Zeit in ihren Wohnorten. „Wohnsiedlungen“ benötigen eine andere Infrastruktur (Glasfasernetz) mit Aufenthaltsqualität, Versorgung, Café.

Der Anteil an Single-Haushalten, Alleinziehenden und kinderlosen Paaren ist rasant gestiegen. Gleichzeitig gibt es in Zeppelinheim einen Mangel an bezahlbarem, flexiblem oder barrierefreiem Wohnraum, während in Gravenbruch ein immer stärker werdender „Parkdruck“ entsteht.

Gravenbruch erfreut sich eines hohen Zuwachses an kinderreichen Familien, doch die bestehenden Infrastrukturen können dem nur teilweise gerecht werden, während Zeppelinheim durch die besonders mangelhaften ÖPNV-Anbindungen und wenigen Angebote vor der Haustür schon längst an Attraktivität für Familien, Senioren und junge Menschen verloren hat.

„Wir wünschen ein Umdenken in der Kernstadt-Politik“



Die Dinobahn ist wieder da, jetzt mit neuer Lok!

Fährt durch den Alten Ort

Dino-Kindereisenbahn heißt sie und hatte Anfang August auf dem Gelände des Kleingartenvereins Eichenbühl ihre Jungfernfahrt. Beim Dinofest drehte sie ihre ersten Runden. Die alte Dinobahn war zwar noch fahrtüchtig, entspricht aber nicht mehr den deutschen Vorgaben für die öffentliche Nutzung.

Seit 1994 ist die Dinobahn für den guten Zweck unterwegs und hat somit als Förderverein bereits 322.000 Euro für krebskranke Kinder gesammelt. „Wir wollen aber nicht nur hier auf unserem Gelände mit dieser Dinobahn herumfahren, sondern auch bei vielen anderen Festen und Events, um mit dem Erlös aus den Fahrkartenvkäufen weiterhin den Verein Hilfe für krebskranke Kinder in Frankfurt zu unterstützen“, sagt Sandra Schmidt, stellv. Vorsitzende des Fördervereins.

Dinobahn im und um den Alten Ort unterwegs

Die nächste Fahrt der Dinobahn soll am 12. und 13.09. sein. Anlass ist das Richtfest der Skulptur vom Alten Rathaus sowie der Tag des offenen Denkmals, auf dem Marktplatz, wo vor 150

Jahren das Hugenottenrathaus stand und abgerissen wurde. Die Route geht durch die Kronengasse, macht am Marktplatz Station, um Gäste abzusetzen. Dann geht's weiter durch die Löwengasse zurück zur Frankfurter Straße, wo die große Fahrt rund um den Alten Ort beginnt. Ein einmaliges Fahrerlebnis erwartet dann die Mitreisenden, die mit dem Fahrpreis krebskranke Kinder in Frankfurt helfen.

Dinobahn-Lied

Nach Veranstalterinformationen soll im Fahrgastwagen der Dinobahn ein Lied zu hören sein, dass Erinnerungen an Jim Knopf und Lukas den Lokomotivführer wach rufen wird. Der Alte Ort ist zwar nicht Lummerland, hat auch nicht zwei Berge und kein Eisenbahnverkehr, doch Lummerland lieferte die Idee zum „Dinobahn-Lied“ mit angepassten Texten. Heraus kam eine einprägsame Hommage an den Alten Ort und seine Geschichte. Natürlich kommt auch das Alte Rathaus drin vor, die Gassen und Gäßchen sowie die Hugenotten. Auch die frühe Demokratiegeschichte der Gründerjahre wird besungen – ist das doch auch der Grund für diese Veranstaltung.



Von detailgetreuen Architekturmodellen bis zu begehbaren 1:1 Fassaden – wir entwickeln außergewöhnliche Lösungen für Städte, Museen, Events und Bauprojekte.

Von der ersten Skizze bis zur begehbaren Architektur
UNSER PROZESS



ALLES AUS EINER HAND
Planung - Konstruktion - Produktion - Montage

MATERIALIEN & TECHNOLOGIEN

- Polystyrol (EPS)
- Polyurea
- 3D-Druck
- Stahlkonstruktionen
- GFK & Spezialoberflächen

EINSATZGEBIETE

- Historische Fassaden
- Museen
- Events
- Baustellen
- Themenwelten
- Stadtentwicklung



Zuhause – nennt sich das politische Leitmotiv für Stadtentwicklung und Wohnen, des gleichnamigen Bundesministeriums. Der Grund: Kaum etwas prägt uns so sehr, wie unser Zuhause: das Haus oder die Wohnung, in der wir aufwachsen, die Stadt und das Quartier, aus dem wir stammen und die Region, in der wir Wurzeln schlagen.

Neu-Isenburg feierte am 24. Juli seinen 327-jährigen Geburtstag. Graf Johann Philipp zu Ysenburg hatte mit 30 geflüchteten Hugenottenfamilien im Jahr 1699 die Siedlung gegründet und nach seinem Grundriss mit 78 Hausplätzen erbauen lassen. Er ließ auf eigene Kosten auf dem Marktplatz über dem Brunnen ein Rathaus errichten, damit die Hugenotten ihre Angelegenheiten durch Selbstverwaltung regeln konnten. Hier wurde gewählt, Sitzungen abgehalten und durch vom Volk gewählte Schöffen Recht gesprochen.

Wie Gemeinschaft gewachsen ist

Das Hugenottenrathaus war der „Point de Vue“ der Hugenottensiedlung und wurde bald nach der Errichtung ein Symbol für eine frühe Form demokratiähnlicher Strukturen und gemeinschaftlicher Organisation. Schon bald erreichte es eine enorme Strahlkraft weit über die Grenzen hinaus. Es zog Menschen an, die sich persönliches Fortkommen, Selbstbestimmung, Asyl und wirtschaftlichen Erfolg versprachen. Dieses Hugenottenrathaus vermittelte den Menschen ein „Zuhause-Gefühl“, das sie heimisch werden ließ, ihnen auch als „Fremder“, eine so wichtige Teilhabe ermöglichte.

Dort, wo sich Bürger aktiv einbringen und auch Verantwortung übernehmen, wächst Gemeinschaft. Und so entsteht eine Aufbruchstimmung die andere motiviert, mitzumachen. Genau diesen gemeinsamen Aufbruchgeist braucht wohl der Gründungskern aktuell, um den Ortsteil wieder nach vorne zu bringen. Dieser Bericht handelt von engagierten Menschen und dem ehemaligen Hugenottenrathaus, das von 1702 bis 1876 auf dem Marktplatz im Alten Ort stand und lange das Quartier und seine Bedeutung prägte.

Nach dem Abriss vom Hugenottenrathaus September 1876, ist es den nachfolgenden Gemeindeverwaltungen bis heute nicht gelungen, den Marktplatz wieder zu einem Ort der Begegnung zu machen – wo das Miteinander gestärkt wird. Im Gegenteil, der Marktplatz wurde zunächst zum Ort der politischen Botschaften (Kriegerdenkmal Germania, Hitler-Eiche). Nach dem 2. Weltkrieg machte man den Marktplatz zunächst zum Blumenbeet dann zum Parkplatz; und in der Folge zum zementierten Platz, der jeweils für zwei Feste an vier Tagen freigehalten wird.

Wenn der Marktplatz an den verbleibenden 361 Tagen im Jahr kein anonymer Ort sein soll, dann muss er von den Menschen aktiv mitgestaltet werden, dann entsteht ein persönlicher Bezug und ein Zuhause-Gefühl. Die Stadtpolitik muss hierfür die Bedingungen schaffen, damit Menschen nicht nur in ihren Wänden, sondern auch in ihrer Stadt und in ihrem Quartier heimisch werden und Teilhabe erleben können. Laut Gesetz ist klar geregelt, Bauen ist Aufgabe der Kommunen. Der Bund hat aber eine wichtige Rolle: er fördert integrierte Stadtentwicklung, unterstützt Programme zur Quartiersarbeit und Modellprojekte. Er unterstützt Kommunen finanziell, damit vor Ort Räume für Begegnung und Mitmachen entstehen können.

Im letzten Jahr wurde das Hugenottenrathaus „postum“ als Ort deutscher Demagogengeschichte ausgezeichnet. Die gleichnamige Stiftung verlieh die Plakette im September 2025, am Tag des offenen Denkmals der Stadt und den Initiatoren. Es war die AG Stadtmarketing Neu-Isenburg, die sich zusammen mit den Vereinen Hugenottenrathaus sowie Pour l'Yseboursch, für die Weiterentwicklung dieses einzigartigen historischen Stadtteils einsetzte. Eine zukunftsweisende Quartiersentwicklung würde den Ort stärken, den wir jahrhundertlang unser „Zuhause“ genannt hatten.

Stadt- und Quartiersentwicklung muss gemeinwohlorientiert sein

Es geht um ein Umfeld, in denen Menschen heimisch werden können. Der Bund sorgt dabei für die Rahmenbedingungen und eine strategische Richtung. Die Bundesländer und deren Kommunen gestalten dann konkret vor Ort. So ist es auch beim „Stadtumbauprogramm“ geschehen, in dem sich Neu-Isenburg seit 2018 befindet, um seine Innenstadt (Vom Alten Ort zur neuen Welt) schöner zu machen. So sollten die historischen Wurzeln und der Gründungskern von Neu-Isenburg mehr ins Bewusstsein gerückt werden, da dies vielen Bürgern und Besuchern auch als Tourismusort unbekannt ist.

Es geht darum die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen

Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen Verena Hubert kommentiert die Neue Leipzig-Charta, die das Gemeinwohl ins Zentrum stellt. Stadtentwicklung muss integriert, ortsbezogen und partizipativ sein. Und sie muss dabei gerecht, grün und produktiv sein.

„Das passt sehr gut zu unserem politischen Ansatz“, betont die Bundesministerin, und ergänzt: „Wir wollen nicht nur bauen, wir wollen lebendige Quartiere schaffen – mit einer guten sozialen Infrastruktur, mit attraktiven öffentlichen Räumen, mit Kulturangeboten und mit funktionierender Nahversorgung. Im Kern erinnert uns die Neue Leipzig-Charta daran: Eine Stadt ist mehr als ein Standort. Sie ist ein gemeinsamer Lebensraum.“

Menschen fühlen sich im Bezug auf Gebäude + Quartier Zuhause

Der Maßstab Quartier ist für uns entscheidend. Menschen fühlen sich nicht nur in ihrer Wohnung, sondern in ihrem ganzen Umfeld Zuhause. Dafür braucht es einladende öffentliche Räume, Grünflächen und sogenannte Dritte Orte, also Plätze, an denen Menschen sich begegnen können. Ebenso

wichtig sind kurze Wege zu den Dingen des täglichen Lebens, wie etwa Kita, Schule, Einkaufszentrum, Kultur oder Mobilität. Diese Neue Leipzig-Charta spricht von kompakten, sozial gemischten Städten und Quartieren, mit hochwertigen öffentlichen Räumen. Diese sogenannten weichen Faktoren kann Politik durchaus beeinflussen: durch Städtebauförderung, durch Programme für soziale Infrastruktur oder durch kluge Beteiligungsprozesse. Zugehörigkeit entsteht vor allem dann, wenn Menschen ihr Umfeld mitgestalten können.

Erneuerung darf nicht zu Entfremdung und Ablehnung führen

Aufwertung ist wichtig – für die Lebensqualität, den Gebäudebestand und auch für den Klimaschutz. Aber sie darf nicht zu Entwurzelung führen, betont die Bundesministerin im Interview. Und auch hier kommt es entscheidend auf das Mitmachen an. Veränderung wird dann als Chance wahrgenommen, wenn Menschen merken, dass ihre Meinung zählt. Wer mitgestalten kann, identifiziert sich eher mit dem, was entsteht. Stadtentwicklung ist kein Selbstzweck und muss sich immer an einer Frage messen lassen: Wem nützt das, und wie bekommen wir alle Interessen bestmöglich miteinander vereint?“

Entscheidend „is' auf'm Platz“

Der Spruch stammt vom unvergessenen BVB-Meisterkapitän Adi Preißler, keine Taktiktafeln noch große Reden würden am Ende zählen. Letztendlich war es eine Fußballmannschaft, die es damals geschafft hat die Einwohner von Dortmund „heimisch“ werden zu lassen. Und „den Platz“, gemeint als Stadion Rote Erde, zum Ort der Identifikation und Begegnung zu machen. Wo sie sich in ihrem Umfeld Zuhause fühlen. Aber kann man aber eine solche Emotion zum Gegenstand von Stadtentwicklung machen?

Man kann! Wenn man bereit ist, über die herkömmlichen Kategorien von Stadtentwicklung hinaus zu gehen und auch die Potenziale dazwischen zu erkennen. Es ist wohl unbestritten, die Gründungsgeschichte von Neu-Isenburg ist einzigartig. Nur wie geht man mit dem denkmalgeschützten und historischen Gründungskern um? Über lange Zeit dümpelte der Alte Ort einen Dornröschenschlaf, dann kam er in das Stadtumbauprogramm und mit einem integrierten Stadtentwicklungskonzept, gab es nach langer Zeit endlich Hoffnung für seine Zukunft.

Doch erstens kommt es anders und zweitens als man denkt! Die Marktplatzgestaltung sollte auch mit Bürgerideen möglich sein. Die Wiederaufbaudee vom Hugenottenrathaus war einer der ersten Vorschläge, gefolgt von einem barocken Sandsteinbrunnen und einem interaktiven Mosaik. Hinzu kam noch das Stumpfmodell „Mairie“ vom Verein Pour l'Yseboursch sowie als Magistratsvorschlag: ein sich vielfach veränderbares Wasserspiel. Bevor die Bürger mit abstimmen konnten, wurde seitens der Stadt die Wiederaufbaudee vom Alten Rathaus aus der Ideenliste ohne Angaben gestrichen.

Nachdem der Magistrat den Hauptwettbewerb eliminiert hatte, lag nun die Entscheidung über die Umgestaltung des historischen Marktplatzes in den Händen der Stadtverordneten. Das Wasserspiel als moderne Interpretation der Historie, erhielt bei der Meinungsumfrage zur möglichen Gestaltung des Marktplatzes 458 Stimmen. Doch die Einwohner Alter Ort stimmten anders ab. Insgesamt beteiligten sich aber nur 1.633 Bürger. Alles in allem waren das Gründe genug, um die Marktplatzgestaltung vorläufig auf Eis zu legen.

2025 ein neuer Anlauf

Nach vielen Überlegungen, umfangreichen Untersuchungen und Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Gestaltung des Marktplatzes, ist nun von der Stadtverordnetenversammlung am 21. Mai 2025 ein weiterer Beschluss gefasst worden. Notwendig wurde dieser neue Beschluss, da kein Auftragnehmer die Ausführung der erfolgten Ausschreibung angeboten hatte. Hinzu kam die notwendige Anpassung an die finanziellen Rahmenbedingungen aufgrund leerer Kassen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, den gesamten Marktplatz von Hauswand zu Hauswand barrierefrei zu pflastern. Hierzu ist eine neue Ausschreibung erforderlich. Die Neugestaltung beinhaltet die Möblierung wie Sitzgelegenheiten und Müllbehälter, die Stärkung des Stadtgrüns durch Erhaltung und Ergänzung von Straßenbäumen und Grün. Die bestehende Verkehrsführung soll erhalten bleiben. Die Maßnahme wird von Wachstum und nachhaltiger Erneuerung gefördert.



Wo Gemeinschaft gewachsen ist:

Es war der „Point de Vue“ des Quartiers, er zog „zum heimisch werden“ an.

Richtfest – auch Hebefest genannt. Die Schweizer nennen es *Aufrichte*, die Österreicher *Firstfeier*. Die Bezeichnung Richtfest leitet sich von den Begriffen aufrichten oder errichten her, also dem Aufstellen der Dachkonstruktion. Gefei-ert wird erst, wenn der Rohbau eines Gebäudes fertiggestellt und die Dachkonstruktion errichtet bzw. allgemein das Dach erstellt ist. Das Richtfest findet auf der Baustelle statt, damit alle daran teilnehmen können.

Der Brauch des Richtfestes lässt sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen. Wenn wir zurückblicken auf das Jahr 1702 – das Rathaus wurde auf dem Marktplatz der damaligen Flüchtlingssiedlung Neu-Isenburg über dem Dorfbrunnen errichtet – dazu fehlt uns natürlich jegliches Anschauungsmaterial. Wir wissen aber, dass der Bauherr Graf Johann Philipp zu Ysenburg den gräflichen Baumeister Andreas Löber damit beauftragt hatte.

Der gräfliche Auftrag

Das Hugenottenrathaus soll der „Point de Vue“ (sichtbarer Mittelpunkt) der Hugenottensiedlung werden. Die Größe hat Andreas Löber, auf der Grundlage des Goldenen Schnitts mit dem Platzmesser, dem Brunnen und mit der umgebenden Bebauung sorgfältig abgestimmt. Die Breite des Gebäudes betrug 7,06 m, seine Höhe 9,18 m, die Höhe des Uhrtümchens 5,78 m – es war ein zierliches Bauwerk, das in seiner unverwechselbaren Gestalt und Harmonie nichts Vergleichbares hatte.

Graf Johann Philipp ließ das Rathaus auf eigene Kosten errichten, damit die Hugenotten hier ihre Angelegenheiten in Selbstverwaltung regeln konnten. Ein Richtfest hätte der Bedeutung des Gebäudes nach, stattfinden können. In Frankreich wird das Richtfest „le bouquet“ genannt. Der Graf hat 1710 der Hugenottengemeinde das Gebäude geschenkt. Unter ihm wurde die Migration zugelassen und in „Bildung“ investiert. Johann Philipp verstarb 1718.

Gerade jetzt, wenn die Demokratie verteidigt werden muss, fehlt es oft an Anschauung, um die Bürger für die demokratische Entwicklung zu interessieren und über zukünftige Lebensbereiche, die sich wandeln dürfen – zu diskutieren und zu debattieren. Der öffentliche Raum ist ein solcher Lebensbereich, der im Rahmen des WDC als eines von zehn Handlungsfeldern in dem große Herausforderungen liegen – und großes Potenzial für sichtbaren, spürbaren gesellschaftlichen Wandel.

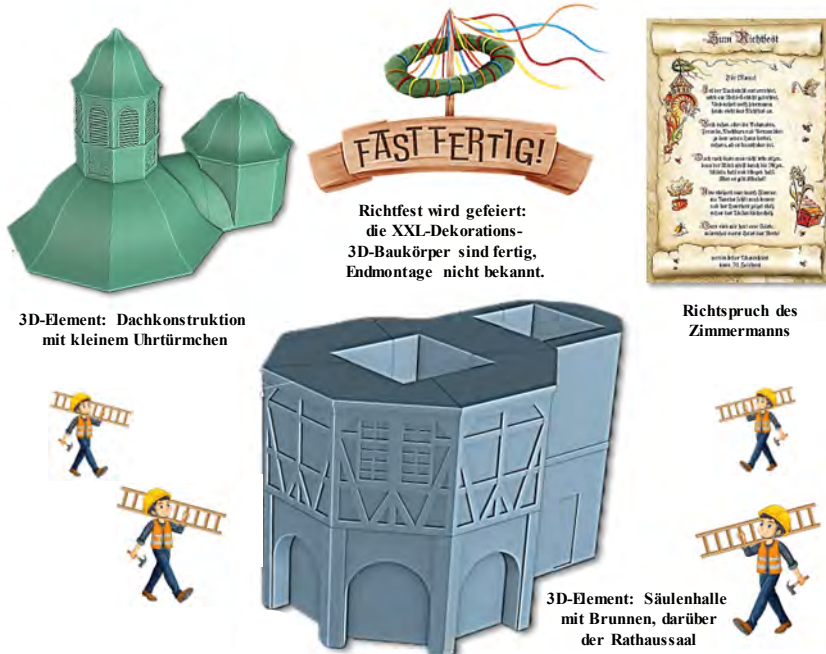
Originalzeichnung war noch vorhanden

Das Hugenottenrathaus soll deshalb im Rahmen des WDC 2026 als Skulptur wiedererstehen und mit dem Motto „Designed for Democracy“, im öffentlichen Raum zu Debatten und Diskussionen anregen. Als Basis für die Skulptur dient eine Zeichnung mit Abmessungen, die in den Gemeindeakten gefunden wurde.

Nach dem Abriss vom Alten Rathaus 1876 wird das Hugenottenrathaus heute noch von der Politik tabuisiert. Kein Wunder, wenn es weitgehend aus dem Gedächtnis der Bürger verschwunden ist. Deshalb ist die kurzfristige Rückkehr vom Hugenottenrathaus nach 150 Jahren auch eine Maßnahme, um die Bedeutung dieses Ortes einer frühen Demokratiebewegung allen Menschen in der Region bewusst zu machen.

EINLADUNG ZUM RICHTFEST:

12. September, Marktplatz Alter Ort



Brauchtum Richtfest

Der Brauch des Richtfestes lässt sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen, hat gesellschaftlichen und abergläubischen Charakter. Das Richtfest galt als Dank für nachbarliche Bauhilfe, zu diesem Zeitpunkt sollten alle Verbindlichkeiten und offene Rechnungen beglichen werden, um nicht in einem „belasteten Haus“ zu wohnen.

Der Brauch sollte zudem das neue Gebäude vor Unheil und überirdischen Kräften wie Blitzschlag und Feuer beschützen. Das Dach wird mit einem Richtkranz geschmückt und einer der

Zimmerleute sagt einen Richtspruch. Der Richtspruch ist zum einen Dank an Architekt und Bauherr, zum anderen eine Bitte um Gottes Segen für das Haus. Der Redner bekommt traditionell Wein und Schnaps, um auf das Wohl der Hausbesitzer zu trinken. Im Anschluss wird gefeiert.

Eingeschränktes Richtfest

Zurück in die Gegenwart. Wenn Graf Johann Philipp zu seiner Zeit keine Baugenehmigungen kannte und deshalb in kürzester Zeit das Rathaus erbauen ließ, sind wir 324 Jahre später, weit davon entfernt. Dieses Richtfest

steht nicht für einen genehmigten Bauantrag im üblichen Sinne, sondern nur für eine zeitlich befristete Baugenehmigung vom 13.09. - 27.09.2026. In dieser Zeit darf eine 1:1 Skulptur vom Rathaus als Fassade errichtet werden, die 150 Jahre nach seinem Abriss, die demokratischen Wurzeln des historischen Stadtkerns mit Hugenottenrathaus, für alle sichtbar machen soll.

Doch wie uns die Veranstalter berichteten, hatten sich die Rahmenbedingungen nach über einem Jahr bürokratischer Prüfung, dramatisch verändert. Die dem Verein Anfang des Jahres zu- gesagten Fördermittel, reichten jedoch

nicht aus, um die beantragte Rathaus Skulptur in Originalgröße aufbauen zu können. Außerdem fehlte weiterhin die Genehmigung durch die Bauaufsichtsbehörde vom Kreis Offenbach, die dann am 27.04.2026 eintraf, genehmigt für eine 1:1 Rathaus Skulptur.

Rathaus Skulptur nur noch in kleinerer Form möglich

Der Fördermittelgeber (Bundestiftung Orte Deutscher Demokratiegeschichte) war mit einer der Fördermittel angepassten Skulpturgröße einverstanden – nicht jedoch die untere Bauaufsichtsbehörde vom Kreis Offenbach. Inzwischen hatte der Trägerverein Hugenottenrathaus Neu-Isenburg e.V. bereits die Skulptur in 7 Meter Höhe in Auftrag gegeben. Für diese Größe hätte allerdings ein neuer Bauantrag gestellt werden müssen, der in dieser kurzen Zeit nicht genehmigt werden konnte! Daher wurde von der Bauaufsichtsbehörde nur die Höhe von 4 Meter genehmigt, ist ohne Bauschein möglich.

Wegen der eingeschränkten Genehmigung von 4 Meter Höhe, ist es dem Trägerverein nur noch möglich, den Baukörper mit Halle und Brunnen sowie Rathaussaal, ebenerdig und nebeneinander aufstellen zu können, also nicht übereinander als Gesamtbauwerk zu sehen. So wartet der Trägerverein bis heute vergeblich auf die göttliche Eingebung, wie man der ausufernden Bürokratie der Verwaltungen mit über 2.000 Verordnungen und Paragraphen gerecht werden kann. „Lujä, sogi!“

Justin's Design produziert

Die Firma Justin's Design GmbH aus Stuttgart ist spezialisiert auf Großdekorationen sowie XXL-Dekorationen aus GFK, Metall, Holz und Polystyrol. Die Produktionsstätten ermöglichen individuelle Lösungen mit höchster Qualität. Justin's Design ist deshalb als kreativer Partner ausgewählt worden und wird beide Bauelemente zum Richtfest präsentieren, trotz erschwelter bürokratischer Bedingungen.

„Das Morgen gemeinsam gestalten“

Zuhause – Atmospheres for a better life



Der WDC bietet dafür eine willkommene Gelegenheit, um zusammen mit der Stiftung Orte der Demokratiegeschichte, die Zukunft des historischen Stadtkerns wieder zu thematisieren, und mit Bürgern gemeinsam Lösungsvorschläge zur Gestaltung dieses öffentlichen Raums zu finden.

Fototermin

Am 08.09. findet im Ristorante Da Luigi in der Kronengasse ein Pressegespräch statt. Um 12 Uhr gibt es einen Fototermin auf dem Marktplatz, wo die Bauelemente der Säulenhalle, vom Rathaussaal und vom Dach mit Glockenturm, noch unmontiert, vorgestellt werden.

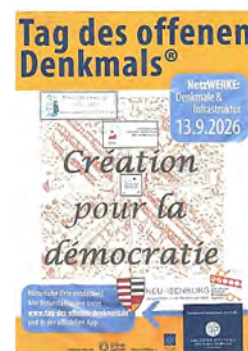
Die Bauarbeiten werden bis zum 11.09. abgeschlossen sein. Dann beginnen die Proben zum Bühnenprogramm, wesentlich gestaltet von Neuisenburger Vereinen, die sich freuen.



12.09. Grand Opening

Die Eröffnung findet um 14:30 Uhr vor den Rathaus-Elementen statt. Die Begrüßung übernehmen die Vereinsvorsitzenden Georg Oeter und Werner A. Stahl, gefolgt vom „Richtspruch“. Grußworte kommen vom WDC und der Stiftung Orte der Demokratiegeschichte. Begleitet wird das Grand Opening von Vorführungen Neu-Isenburger Vereine: „Création pour la Démocratie“. Abends wird das Theaterstück: „Wir das Grundgesetz“ aufgeführt, präsentiert von der Stiftung.

13.09. Tag des offenen Denkmals



Bundesweit steht der Tag des offenen Denkmals unter dem Motto: NetzWERKE Denkmale & Infrastruktur. Es soll gezeigt werden, wie Denkmale unsere Netzwerke tragen, denn wir alle werden von ihnen getragen. Ob familiär, im Freundeskreis, in Vereinen, Kirchen oder beruflich – wir existieren nie allein, sondern leben in Verbindung mit anderen, die das persönliche Netzwerk bilden. Aus diesen persönlichen Netzwerken entsteht die Gesellschaft, in der wir leben und arbeiten. So ist auch das Netzwerk der Hugenotten zu verstehen, hinzu kamen

die Waldenser als auch die Deutschen – sie waren vernetzt, über Knotenpunkte wie ein Ortskern oder Marktplatz, die Verbindungen bilden, zu dieser Infrastruktur. Gebaut in Stein, Beton, Metall, haben die Hugenotten diese Infrastruktur entstehen und wachsen lassen – das macht sie zu Denkmälern, die unsere täglichen Wege seit jeher mitbestimmen. Historische Konstruktionen, die nicht nur ideale Zweck erfüllen, uns Identität und außergewöhnliche Ästhetik schenken, teils aber auch aus praktischen Gründen – gepflegt, erhalten und weiterentwickelt werden sollten.

Das Morgen gemeinsam gestalten

An den Wochenenden 19.09. 20.09. und 26.09. 27.09. sind Workshops und Podiumsdiskussionen vor den Rathaus-Elementen geplant. Das Thema: Zukunft vom historischen Stadtkern. Ein Vor-Ort-Workshop führt Schulklassen in das Thema „Demokratie bauen!“ ein: konkretes Beispiel Alter Ort: hugenottische Bauten und demokratische Prinzipien im Gebauten.

Bürgerbefragung

Im Zeitraum vom 12.09. bis 27.09. finden Bürgerbefragungen zur Wirkung des Hugenottenrathauses statt. Dabei wird auch die Frage gestellt, ob das Gebäude wieder auf seinen Ort der Demokratiegeschichte, den Marktplatz zurückkehren sollte, oder nicht.

Die Wochen der Toleranz und Mitmenschlichkeit starten jetzt:

Mit dem Tag der Nationen am 29. August Rosenauplatz

Neu-Isenburg veranstaltet gemeinsam mit ihren Partnern zum 25. Mal die Woche der Toleranz und Mitmenschlichkeit. Der Tag der Nationen ist die Auftaktveranstaltung und wird am 29. August, ab 13:00 Uhr, auf dem Rosenauplatz gefeiert. Die Besucherinnen und Besucher erwarten ein abwechslungsreiches Programm mit Musik, Tanz, internationalen Spezialitäten und zahlreichen Begegnungen.

Um 13:30 Uhr erfolgt die offizielle Eröffnung mit Bürgermeister Dirk Gene Hagelstein und dem neugewählten Vorsitzenden des Ausländerbeirates Nikolaos Michos.

Von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr erwartet die Gäste ein internationales Bühnenprogramm. Mit dabei sind griechische, chilenische, türkische, serbische, bolivianische Folkloregruppen. Es werden vietnamesische Volkstänze und musikalische Beiträge aus der Ukraine aufgeführt. Moderiert wird das Programm von Semra Kanisiak, Geschäftsführerin des Kreisausländerbeirats Offenbach. Ab 17:00 Uhr sorgt DJ Fabian Toulouse mit internationalen Hits für Stimmung bis in den Abend.

Neben dem Bühnenprogramm laden zahlreiche Speisen- und Getränkestände mit Köstlichkeiten aus aller Welt zum Verweilen ein. Es werden „Kinderschminken“ und Fahrten mit dem Hugo-Mobil angeboten. Die Stadtbibliothek beteiligt sich mit kreativen und interaktiven Mitmach-Aktionen. Darüber hinaus informieren verschiedene Organisationen, darunter der neu gewählte Ausländerbeirat, das Integrationsbüro mit den Integrationslotsen, die Flüchtlingshilfe e.V. und der Verein Pour l'Yseboursch e.V. über ihre Arbeit. Letztere auch zum Thema Hugonetten, die Gründer von Neu-Isenburg.

Vom 29. August bis 31. Oktober 2026 finden die Wochen der Toleranz und Mitmenschlichkeit statt. Unter dem bundesweiten Motto „DAFÜR!“ erwartet die Bürgerinnen und Bürger in der ganzen Stadt ein vielfältiges Programm mit Begegnungen, Kultur, Bildung, Sport und gemeinsamen Aktivitäten, die zeigen, wie Zusammenhalt, Demokratie und Respekt im Alltag gelebt werden können.

Das Jubiläumsprogramm spiegelt die große Bandbreite des gesellschaftlichen Engagements in Neu-Isenburg wider. So lädt das HUGO-Mobil mit Rikschafahrten ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu besonderen Ausflügen ein. Eine Familienradtour führt zu den Kunstwerken von F. K. Waechter im Frankfurter Stadtwald, während Outdoor-Fitness-Angebote Menschen aller Al-

Nicht im Programm hat die Stadt Neu-Isenburg das Gedenken und Erinnern an das vor 150 Jahren abgerissene alte Rathaus. Daran wird am Tag des offenen Denkmals den 13.09. auf dem Marktplatz erinnert, als offizieller Ort deutscher Demokratiegeschichte und als offizieller Programmpunkt WDC World Design Capital Frankfurt Rhein Main – zum Thema: „Designed for Democracy“

10.09./17.09./24.09. Vorleseaktion:

Einfach Vorlesen

Jeweils um 16:00 Uhr

Stadtbibliothek Frankfurter Straße

11.09.–04.10. Ausstellung VielfALT

Das Aller neu entdecken

10:00–16:00 Uhr

Stadtbibliothek Frankfurter Straße

12.09. Zeichen Workshop Demokratie

im Blick 10:00–16:00 Uhr

vhs Neu-Isenburg Waldstraße 55-57

15.09. Vielfalt bewegt – Tanz verbindet

17:00–18:30 Uhr Sportcoach

Rudi Seiferlein Sporthalle

20.09. Gottesdienst: 15–20 Sprachen

10 Uhr Ev.-ref. Buchenbuschkirche

Forstweg 2

21.09. Gemeinsames Frühstück

beim internationalen Frauentreff

09:00–12:00 Uhr

BIZ Mitte Hugonnenallee 88a

26.09. Grenzen überwinden –

Musik und Poesie 17:00 Uhr Ev.-ref.

Buchenbuschkirche, Forstweg 2

27.09. Film-Matinee. Filmangebot

mit Filmgespräch 11 Uhr

CinePlace, Beethovenstraße 89a,

30.09. Stadtführung für Neu-Zuge-

zogene aus Drittstaaten, 11:00–13:30

Uhr Neu-Isenburg Rathaus, Foyer

30.09. Die AfD – Gefahren und

Herausforderung Online-Vortrag

18:00 Uhr Ev.-ref. Kirche, Forstweg

03.10. Tag der offenen Moschee:

Wir sind DA! – FÜR einander!

14:00–17:00 Uhr

Selimiye Moschee, Ludwigstraße 43



• DAFÜR, einander zuzuhören, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind.

• DAFÜR, die Würde jedes Menschen zu achten.

• DAFÜR, Vielfalt nicht nur zu akzeptieren, sondern als Stärke zu begreifen.

• DAFÜR, unsere Demokratie jeden Tag neu mit Leben zu füllen.

Für Vielfalt und eine starke Demokratie

In über 760 Städten und Gemeinden wird mit der Zivilgesellschaft bundesweit auf über 6.000 Veranstaltungen die Interkulturelle Woche gefeiert.

tersgruppen zu gemeinsamer Bewegung motivieren. Auch kulturelle und historische Themen nehmen einen wichtigen Platz ein. Eine Vorlesestunde mit der Geschichte „Die Neuen“ regt Kinder und Erwachsene dazu an, über Migration und Zusammenleben nachzudenken. Führungen durch das Bertha-Pappenheim-Haus erinnern an das Leben und Wirken der bedeutenden Frauenrechtlerin.

Auch laden zahlreiche Begegnungsangebote zum Austausch und Miteinander ein, etwa der Nähtreff des Internationalen Frauentreffs mit gemeinsamem Frühstück, das Café Grenzenlos Ev.-Ref. Gemeinde Am Marktplatz, oder der Tag der offenen Tür im Mutter-Kind-Café in der Ludwigstraße 58.

Programmübersicht (Auswahl)

Siehe auch www.neu-isenburg.de

30.08. Ausflugsfahrten mit der Rikscha (HUGO-MOBIL)

10:00–12:00 Uhr, 15:00–17:00 Uhr

Abholung im Stadtgebiet

01.09.–30.09. Streist gut – Die

schönsten Kinderbücher rund ums Zoffen 10:00–16:00 Uhr

Stadtbibliothek Frankfurter Straße

05.09. Weiblich. Afghanisch – ein

Straßentheater 11:00 + 12:00 Uhr

Wochenmarkt, Fußgängerzone

W Neues von Westend

+++ „Trockenheit, Waldschäden und Waldbrände, dann wieder Platzregen mit Hagel und Sturmböen – unser Klima verändert sich immer schneller.“ Das könnte eine Schlagzeile von heute früh sein. Stammt aus Sven Plögers Platz-1-Bestseller aus dem Jahr 2020. 2023 haben Sven Plöger und Andreas Schlumberger das Buch unter dem Titel *Zieht euch warm an, es wird noch heißer!* komplett überarbeitet neu aufgelegt. Und wenn wir auf die aktuellen Waldbrände und Hitzerekorde schauen, ist es aktueller denn je. Wo müssen wir uns verändern, wo können uns technische Lösungen helfen? Und wie können wir besser kommunizieren, um wieder zu mehr Miteinander zu kommen? Plöger und Schlumberger liefern Antworten. +++ Ai Wieviel ist einer der bekanntesten Künstler und Aktivisten weltweit. Sein neues Buch *Über Zensur* bei uns erschienen. Darin schreibt er über seine Erfahrungen mit Zensur – und zwar nicht nur in China, sondern auch in demokratischen Ländern. +++ Nach vielen Jahren Wartezeit kommt endlich wieder ein neues Buch des Historikers Daniele Ganser: *Kampf der Giganten* erscheint am 14. September. Darin ordnet er die chaotisch wirkende Gegenwart und zeigt die spannenden historischen Wurzeln, die uns in den aktuellen Machtkampf der drei Gigan-



„Ein sehr lesenswertes Buch.“
Markus Lanz

Die Flutkatastrophe im Ahrtal 2021, das Dürrejahr 2022 mit Wasserknappheit, massiven Waldbränden sowie Hitzewellen ... Doch was tun die meisten Regierungen und viele von uns privat? Wenig bis nichts, lieber erstmal abwarten! Sven Plöger und Andreas Schlumberger zeigen: Wo müssen wir uns verändern und wo können uns technische Lösungen helfen? Und wie können wir besser kommunizieren, für mehr Miteinander?

„Sven Plöger macht keine heiße Luft, sondern bewahrt angesichts der größten Herausforderung der Menschheit einen kühlen Kopf und seinen Humor. Der Meteorologe meines Vertrauens.“
Eckart von Hirschhausen

ten USA, Russland und China geführt haben. Die alte Weltordnung zerfällt vor unseren Augen: Die USA und Israel greifen den Iran an. Russland und China verbünden sich und lehnen die globale Vorherrschaft der USA ab.



Westend Verlag Waldstraße 12a
T 069 2475018-10
F 069 2475018-20
www.westendverlag.de

NEU-ISENBURG 29.08. – 31.10.2026 DAFÜR!



25. WOCHE DER TOLERANZ
& MITMENSCHLICHKEIT



Impressum: Das Neu-Isenburger Extrablatt ist eine monatliche Themenzeitung für Neu-Isenburg. Sie erscheint zum Thema Stadtentwicklung im Umfang von 12 Seiten. Druck: pnp Druck die Hybrid-Spezialisten, Passau. Vertrieb: Deutsche Post. Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Reinhard. Online-Redaktion und Fotos: Alexander Jungmann, Illustrationen: Torsten von Juterzenka. Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft Stadmarketing, Facebook Neu-Isenburger Extrablatt. Telefon: 06102 – 8394757 E-Mail: isenburger-extrablatt@outlook.de